

# **Badische Landesbibliothek Karlsruhe**

**Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe**

## **Wirtschaftsrevue. Ausgabe D. 1946-1950 1948**

16 (17.4.1948)

# WIRTSCHAFTSREVUE

WIRTSCHAFTS - W O C H E N S C H R I F T

FRANZÖSISCH IN FRANZÖSISCHER UND ENGLISCHER SPRACHE  
L'ÉCONOMIE CONTINENTALE  
CONTINENTAL ECONOMIC REVIEW

Nr. 16 — 3. Jahrgang Lit.-Nr. 1122 DG AA/In/Pv.

Konstanz/Bodensee, den 17. April 1948

Ausgabe D — Preis RM 1,-

## Gegen die Monopole — gegen die Konkurrenz

Von der englischen Regierung wird ein Gesetzentwurf veröffentlicht, der die staatliche Überwachung von Monopolen vorsieht. „die gegen das öffentliche Interesse verstoßen“. Es wird darin eine Liste von Industriebetrieben aufgeführt, die von einer dem Handelsministerium unterstellten Kommission überwacht werden soll. Diese Kommission kann gegen Firmen einschreiten, die mehr als ein Drittel ihres Handelsverkehrs mit anderen Betrieben „zur Einschränkung der Konkurrenz“ abwickeln. Solche Gesetze sind nicht neu, und die Mißerfolge mit solchen Bestimmungen ebenfalls nicht. Wir denken dabei nicht zu sehr an die vielen Umgehungsmöglichkeiten, sondern an das Prinzip der Wirtschaftlichkeit, das durch solche Vorschriften an seiner Auswirkung behindert wird. Oft sind staatliche Maßnahmen der Grund für diese Geschäfte. Denken wir nur an die Umsatzsteuer. Für viele Betriebe ist es eine Rentabilitätsfrage und damit Existenzgrundlage, ob die Lieferungen von Zweigwerken umsatzsteuerfrei bleiben oder nicht. Darüber hinaus sind solche Lieferungen rein wirtschaftlich gar nicht als Lieferungen von Zweigwerken, sondern von Abteilungen zu Abteilungen zu verstehen. Man kann z. B. aus der Tatsache, daß Werke an verschiedenen Orten sind, wirtschaftlich nicht darauf schließen, daß es sich um mehr oder weniger selbständige Werke handelt. Was ein Werk zu einem Werk oder zu einer Abteilung macht, entscheidet nicht die geographische Lage, sondern die wirtschaftliche Zusammengehörigkeit, wobei darunter nicht die aktienmäßige Verbindung zu verstehen ist, sondern die Funktion innerhalb des Gesamtbetriebes zur Herstellung herangezogen werden muß. Im übrigen läßt die Formulierung bereits von selbst eine Skepsis aufkommen: denn warum soll denn die Konkurrenz eingeschränkt werden? Will man auf die preisrückende Wirkung der Konkurrenz ganz verzichten? Will man durch Ansehung der Konkurrenz die Bildung von Monopolen fördern? Da würde man ja gerade das Gegenteil dessen erreichen, dem dieses Gesetz dienen soll. Auch hier kann also Übertrieb nur schaden.

## Deutschlands Einbau in die Weltwirtschaft

Westdeutsche Besatzungsgebiete streben neues Lohn- und Preisgefüge an

Seit Beginn dieses Jahres mehren sich die Meldungen über Preiserhöhungen in der deutschen Wirtschaft. Wir meinen damit nicht die Preise auf den grauen und den schwarzen Märkten, sondern die von den amtlichen Preisbehörden zugelassenen Zuschläge zu den bis dahin genehmigten Preisen. In unserer Nr. 7 vom 14. Februar brachten wir z. B. die neuen, um 25–50% höher liegenden Höchstpreise für verschiedene Baumaterialien, die das bayerische Wirtschaftsministerium verordnet hatte, und die um 15% höher liegenden neuen Verbraucherhöchstpreise für Heiz- und Kochgeräte, die vom Wirtschaftsministerium von Nordrhein-Westfalen genehmigt wurden. In der vorigen Ausgabe mußten wir Preiserhöhungen von wesentlich einschneidenderer Bedeutung mitteilen: Der Inlandspreis für Kohle stieg von 15 auf 25 RM und die Tonne Rohstahl auf 66 RM; die Metallpreise in Deutschland sind bei Kupfer um 50%, bei Zinn und Wismut um fast 50% und bei Kobalt um 100% erhöht worden. Dabei wird im Falle Kohle durch zusätzliche Zahlung einer Subvention von 3 RM für die Tonne dokumentiert, daß selbst der so stark erhöhte Kohlenpreis nicht ausreicht, um die Selbstkosten der Kohlenförderung zu decken. Auf der anderen Seite hat sich gezeigt, daß die deutsche Industrie auf dem Weltmarkt viel zu teuer ist. Man wende nicht ein, daß dies an den Umrechnungskursen liegt. Darauf werden wir noch später kommen.

Es sei an dieser Stelle zunächst festgestellt, daß wir, in „Stahlschwarz“ genannt, in unseren Preisen vielfach zu hoch liegen, um auf dem Weltmarkt konkurrenzfähig zu sein, wobei gleich hinzugefügt sein soll, daß die Qualität unserer Arbeit oft nicht mehr dem Wünschen des Auslandes gerecht wird. Es kann in dieser Tatsache kein Vorwurf liegen, denn die technische Ausrüstung ist aus mancherlei Gründen heute unzureichend, so daß die Vorkriegsqualität nicht zu erreichen ist und andererseits Sonderbelastungen die

Kosten ungünstig beeinflussen. Allein die geringe Ausnützung der Kapazität gibt schon eine fast unzureichende Erklärung für diese Entwicklung. Neben den vielen anderen Ursachen wollen wir nur noch die eine herausgreifen: Die Leistungsfähigkeit der deutschen Arbeiter ist infolge der schlechten Ernährung und Unterkunft geringer geworden, so daß heute mehr Menschen für die gleiche Leistung notwendig sind. Wie ein Aufsatz an anderer Stelle dieser Nummer näher ausführt, ist errechnet worden, daß in normalen Zeiten 7 Mill. Menschen ausreichen würden, um das zu leisten, was die 12 Mill., die heute in der Doppelsonne erwerbstätig sind, tatsächlich leisten.

Trotz dieser Leistungsminderung bestehen berechnete Ansprüche für Erwerbstätige auf Lohnserien. Darum hat die französische Militärregierung für ihre gesamte Besatzungszone eine allgemeine Lohnserienbeschlüsse, und General Clay hat für die amerikanische Zone grundsätzlich einer allgemeinen Erhöhung der Löhne für die deutschen Arbeiter zugestimmt. In der

französischen Zone ist darüber hinaus eine Reform in Vorbereitung, die das Lohnsystem vereinfachen, die Steuern ermäßigen und alte Ungleichheiten bei den Löhnen beseitigen soll. Wie notwendig die Lohnserienbeschlüsse sind, ergibt sich aus der neuen Statistik über Preis- und Lohnverhältnisse in Bayern für das Jahr 1947, die zeigt, daß sich die gesamte Lebenshaltung (gegenüber dem September 1944) bis Ende 1947 um 18,6%, die Ernährung um 22,9% und Heizung und Beleuchtung um 19,6% verteuert haben. Da die Erzeugerpreise in der Industrie auch um 20–25% höher lagen als in der Vorkriegszeit, ist diese Berechnung einigermaßen verständlich. Die wachsende Beanspruchung der deutschen Bevölkerung, die sich aus dieser Entwicklung zwangsläufig ergeben mußte, ist nun durch den Beschluß der französischen Militärregierung und die Erklärung des amerikanischen Generals und Militärgouverneurs gemildert worden. Dazu kommt, daß auch Professor Dr. Erhardt, der Direktor der Wirtschaftsverwaltung, erklärte, die Produktion von Verbrauchsgütern solle gefördert (Fortsetzung auf Seite 2)

## Neue Schatten über der Eisenindustrie

Preiserhöhung reicht nicht aus

H. Essen, Mitte April. Wie der Oberbefehlshaber der britischen Besatzungszone, General Robertson, in seiner bekannten Rede im Landtag von Nordrhein-Westfalen in Düsseldorf zum Ausdruck brachte, geht die Erholung in der Stahlproduktion noch immer viel zu langsam vor sich. Ohne eine ausreichende Stahlversorgung müssen, wie der General weiter ausführt, die deutsche Industrie, der deutsche Verkehr und die deutsche Landwirtschaft im Hintertreffen geraten. Auf allen, die in der deutschen Stahlindustrie beschäftigt sind, ob Betriebsleiter oder Arbeiter, lastet eine schwere Verantwortung, den größten Beitrag zur Erholung ihrer Heimat zu leisten. Die Einfuhr ausländischer Erze habe wieder begonnen, und weitere praktische Maßnahmen würden in dieser Industrie getroffen. Zusammen mit General Clay halte er die Frage der Erholung der Stahlproduktion für so wichtig, daß sie eben eine besondere Kommission eingesetzt hätte, die ihren Bericht erstatten und sich mit allen Hindernissen, die der vollen Ausnutzung der vorhandenen Kapazität im Wege ständen, auseinandersetzen werde.

Inzwischen ist diese Studienkommission aus je zwei amerikanischen, britischen und deutschen Sachverständigen gebildet worden. Auf Anforderung der Militärregierung hat der Hauptauschuß des Wirtschaftsrates zu deutschen Vertretern die Herren Dr. Paul Rieß und Reusch bestellt.

Soweit die Ausführungen des Generals, und wenn wir sie richtig verstanden haben, so zeigen sie, daß nun auch die Militärregierung erkannt hat, in welcher schwierigen Lage die Eisen- und Stahlindustrie hineingeraten ist, und bei ihr jetzt die Absicht besteht, sie von gewissen leistungshemmenden Schwierigkeiten zu befreien. Dazu wird es allerdings besonderer einschneidender Entscheidungen bedürfen, und je eher sie kommen, um so besser wird es sein. Ihren Erfolg nimmt General Bishop, der Zivilgouverneur von Nordrhein-Westfalen, offenbar schon vorweg, wenn er jüngst in einer Pressebesprechung in Düsseldorf zwei Tage nach der Erklärung des Oberbefehlshabers die Auffassung vertrat, die Eisen- und Stahlindustrie könne die ihr für das jetzige Wirtschaftsjahr zugestandene Stahlquote von 6 Mill. t bis spätestens 30. Juni 1949 erreichen, und es bestehe begründete Aussicht, die Produktion im folgenden Wirtschaftsjahr auf 7,2 Mill. t zu steigern. Demgegenüber ist das Amt für Stahl und Eisen weniger optimistisch. Es kommt unter Zugrundelegung des neuen Höchststandes der Stahlproduktion im März auf eine Gesamtmenge von lediglich 4 Mill. t im Wirtschaftsjahr 1948/49. (Das gewillt erfreuliche Märzergebnis war: Roheisen 297.297 gegen 262.296 t, Stahlrohblöcke 343.325 gegen 299.154 t, und Walzwerksfertigerzeugnisse 223.444 gegen 197.959 t.)

Geradezu gegen eine Erholung der Stahlproduktion spricht die jüngste Entscheidung in der Eisen-

preisfrage. Mit Wirkung vom 1. April ist der Preis für Rohstahlblöcke unter Fortfall der bisherigen Subvention von 50 RM je t auf 66 RM festgesetzt worden. Wie der neue Kohlenpreis keineswegs eine Preiserhöhung darstellt und noch eine Subvention von 3 RM je t erforderlich macht, so bedeutet auch der neue Stahlpreis alles Andere als eine Preiserhöhung, um die sich die Industrie unter sorgfältiger Darlegung der Notwendigkeiten seit langem leider erfolglos bemüht hat. Seit Wiedereinführung der Andersonse in die Verhüttung und der Regulierung auf der Basis von 30 S-Cent, ist eine nicht unerhebliche Verteuerung der Stahlerzeugung eingetreten, die in dem neuen Preis nicht berücksichtigt ist. Man darf annehmen, daß auf diese Weise ein ungedeckter Betrag von 15–17 RM je t verbleibt. Da in der Eisen- und Stahlindustrie die Subvention, wie erwähnt, ganz weggefallen ist, sehen sich die Werke einer außerordentlich ernsten Lage gegenüber, und es wird ernstester Anstrengungen bedürfen, um diese, die Leistung hemmende und überschattende Schwierigkeit so schnell wie möglich auszuräumen. Hier u. a. wäre ein Feld für eine wirksame Betätigung der oben erwähnten Kommission gegeben.

Auf Veranlassung der Militärregierung wurde bereits für das Wirtschaftsjahr 1948/49 (1. April bis 31. März) ein Stahlerzeugungsplan aufgestellt, der eine doppelt so hohe Produktion als im Jahr 1947 vorsieht. Die eisenschaffende Industrie hofft, daß ab Mitte des Jahres die Stahlproduktion in entscheidendem Umfang gesteigert werden kann. Man bemüht sich zuseitens darum, die notwendigen Voraussetzungen zu schaffen. Die inländische Erzförderung muß von jährlich 5 auf 7 Mill. t erhöht werden. Die Einfuhr von hochwertigeren Auslandserzen ist in die Wege geleitet, stößt jedoch auf Schwierigkeiten, da der ausländische Eisenerzbergbau bereits für das laufende Jahr Kontrakte zu erfüllen hat. Von den 1,25 Mill. t Eisenerz aus Schweden, die vor einigen Monaten bestellt wurden, ist bereits ein Teil eingegangen. Mit einer Herauslösung der schwedischen Lieferungen ist für das laufende Jahr kaum zu rechnen. 0,4 Mill. t Erz werden aus Luxemburg geliefert. Verhandlungen mit anderen Erz-Produzenten sind noch im Gange. Die Zuteilungen an Brennstoffen sollen in den nächsten Monaten für die Eisen- und Stahlindustrie laufend erhöht werden. Schwierigkeiten bereitet die Leistungs- und Arbeiterfrage. Für eine höhere Stahlproduktion müßte die Zahl der gegenwärtig rund 107.000 Arbeitskräfte heraufgesetzt werden oder eine wesentliche Steigerung der Leistung der Arbeitskräfte eintreten, die infolge der schlechten Ernährungslage nicht einmal ein Drittel der Vorkriegsleistung beträgt. Es ist daher eine Besserung in der Versorgung der Arbeitskräfte in der eisenschaffenden Industrie erforderlich.

## In dieser Nummer

Großbritanniens Wirtschaft in Bild und Zahl  
Das Abkommen mit Italien  
Die Arbeitslosen der Zukunft  
Arbeitsanreiz und Inflationsbekämpfung  
Englands Stahlindustrie im Aufbau  
Frankreich will Ausfuhr nach England steigern  
Löcher im Eisernen Vorhang  
Deutsches Eigentum in Österreich

## Unser Europa

m. a. r. - p., Paris, Mitte April.

Westeuropa hat sich auf eine einbreitende Linie festgelegt. So mußte es kommen. Denn, wie sollte man anders der immer drohenden werdenden Feindseligkeit der osteuropäischen Schwester entgegenzutreten können? So bildet sich nun, politisch und wirtschaftlich, eine neue Einheit mit eigenen Merkmalen, ebenso wie von dem Europa, wie es vor dem Konflikt bestand, unterschieden — wie von jenem Europa im Osten, das all dasjenige hält und verliert, was wir früher einmal unter dem Namen Europa verstanden.

Wir wollen heute einmal untersuchen, wie Westeuropa, das wir uns vor einigen Monaten noch staunten, dem osteuropäischen Block entgegenzutreten, in seiner Geburtsstunde aussieht.

Vor zwei Jahren entstand der „westliche Block“. Diese Benennung entstammt dem Wortschatz der Sowjets. Die Sowjetrussen bedienten sich ihrer in ihrer Propaganda. Im Westen wußte man nicht recht, was damit gesagt sein sollte. Wir weigerten uns, auf den Gedanken einer Spaltung Europas einzugehen. Es hat sich indessen herausgestellt, daß der Westen im fortschreitenden Rhythmus der russischen Drohungen seine Kräfte zusammenlegen mußte, wenn er sein Leben so gestalten wollte, wie es seinen Auffassungen entspricht. Die Lage entwickelte sich dann so: Die Russen griffen nach dem Balkan und rissen Ungarn an sich, der Westen antwortete mit der Rede von Harvard. Die Unterzeichnung des Vertrags in Brüssel ist die Antwort auf die „kalte“ Machtergreifung Sowjetrusslands in der Teichschloßwälder. Der machtpolitische Zugriff Moskaus hatte zum Ergebnis, daß die Verteidigungsbestrebungen des Westens, die sich normalerweise nur ganz allmählich vereinigen hätten, unter dem Druck der Ereignisse plötzlich zur Kristallisation gebracht wurden.

Was verstehen wir nun aber unter diesem neuen Europa? Was unter unserem Europa? Wo befinden sich dessen Grenzen? Im Osten ist die Trennungslinie leicht gezogen: Sie geht von Stettin bis Triest; Griechenland und die Türkei, die östlichen Sperrschlüssel des Mittelmeeres, fallen mit in das Diesseits.

Im Westen: Das Meer. Hier bildet Spanien das westliche Sperrschloß des Mittelmeeres, das eines Tages, wenn die letzten Vorurteile geschwunden sein werden, in den Westblock aufgenommen werden wird. Schließlich ist dann noch Großbritannien zu nennen, das, indem es den Brüsseler Pakt unterzeichnete, eines der seltenen Male im Verlauf seiner Geschichte, sich in das Schlepptau Europas begeben hat.

Diese Entwicklung vollzog sich unter Schwierigkeiten und mühsam. Große und zahlreiche Probleme mußten gelöst werden. In Ländern, in denen Freiheit bereits, läßt sich die Einführung in eine gemeinsame Disziplin nur dann erreichen, wenn sie freiwillig erfolgen kann. Zwang ist nur erträglich, wenn er spontan hingenommen wird. Unter einem gewissen Gesichtspunkt betrachtet, läßt diese Geisteshaltung, dieses Vorherrschende des freien Willens, weniger wirksam sein, als bedingungsloser Despotismus.

Zwei innere Kontraste markieren die Geburt der neuen Einheit besonders schwer: Einerseits die Tatsache, daß die Beteiligten kaum vier Jahre nach einem Konflikt, in dessen Verlauf alle Mittel eingesetzt hatten, um den Sieg zu erringen, nunmehr als Sieger und Besiegte freiwillig, bewußt und ge-

## 7,2 Mill. t Stahl für 1949 / 50

Düsseldorf. Der amtierende Gouverneur von Nordrhein-Westfalen, General Bishop, gab bekannt, daß die Stahlproduktion vom 1. Juli 1948 bis 30. Juni 1949 6 Mill. t erreichen soll. Im darauffolgenden Jahr sei eine Stahlproduktion von 7,2 Mill. t vorgesehen. Die Bereitstellung von ausreichenden Kohlenmengen, Strom und Gas, dürfte hierfür als gesichert angesehen werden. Wie wir hören, soll die westdeutsche Eisen- und Stahlindustrie in Zukunft noch strenger gelenkt werden. Es wird von der Gründung einer Eisenindustriellen Holding gesprochen. Das bisherige „Amt für Stahl und Eisen“ würde dann aufgelöst und ein neues Verwaltungsamt für Eisen und Stahl die grundsätzliche Planung in der Eisenwirtschaft in Form einer öffentlichen Leitstelle übernehmen.

### Beschleunigung der Aluminiumproduktion

Düsseldorf. Da die Stahlproduktion gemäß dem neuen Industrieprogramm längere Anlaufzeit benötigt, sollen die vorhandenen Bauxitvorräte in beschleunigtem Tempo an Aluminium aufgearbeitet werden. Die Bauxitvorräte der Doppelsonne werden auf 240.000 t geschätzt, was den Bedarf für rund 1 Jahr deckt. Das Martins-Werk in Bergheim an der Erft wird das Rohaluminiumwerk wieder in Betrieb setzen, was allerdings fünf Monate dauern wird. Beim Lippe-Werk der Vereinigten Aluminiumwerke AG, Lünen liegen etwa 80.000 t Bauxit, und der Aluminiumschrott von Flugzeugen, der bisher verarbeitet wurde, geht zur Neige.

### Deutscher Schrottpreis erhöht

H. Essen. Mit Wirkung vom 1. April ist der Inlandspreis für Schrott um 7 RM je Tonne erhöht worden. Der Preis lag bisher bei 42 RM je Tonne. Von der Schrottindustrie ist eine Preisaufbesserung von 35 RM je Tonne vorgeschlagen worden.

### Tabak aus der Türkei

Ankara. Die Verhandlungen zwischen der amerikanischen Zone Deutschlands und der Türkei haben zu einem Abkom-

men geführt, nach dem die Türkei 5000 t Zigaretten tabak zum Preise von 224 Pfaster per kg liefert.

### England gibt Goldverkäufe nicht mehr bekannt

London. Schatzkanzler Gripps gab bekannt, daß er die monatlichen Ausweise über die Goldverkäufe in Zukunft nicht mehr veröffentlichen werde. (Die Gold- und Devisenreserven sind bis zum 31. März auf 552 Mill. Pfund zusammengeschmolzen.)

### Pakistan und Auslandskapital

Die Regierung von Pakistan gibt bekannt, daß in 13 wichtigen Wirtschaftszweigen den eigenen Staatsangehörigen die Option auf mindestens 51% des durch Aktien und Obligationen finanzierten Kapitals gegeben wird, in den übrigen Wirtschaftszweigen mindestens 30 %.

### Stahlkontingentierung in den USA?

New York. In New Yorker Wirtschaftskreisen glaubt man, daß die Stahlproduktion der USA im laufenden Jahre mit Aufträgen so stark überlastet sein wird, daß ein strenges Kontingentierungssystem die einzig mögliche Lösung des Problems darstellen dürfte. Die große inländische Nachfrage nach Stahl allein dürfte die Stahlproduktion des laufenden Jahres bereits um rund 10% übersteigen, außerdem müssen ab der USA rund 2,1 Mill. Nettotonnen Stahlprodukte den europäischen Teilnehmerstaaten am Marshall-Plan liefern, was etwa 3,5% der auf rund 65 Mill. Nettotonnen veranschlagten Jahreserzeugung betragen wird. Hier sind aber auch noch die Ansprüche Süd- und Mittel-Amerikas an die USA-Stahlindustrie zu berücksichtigen, so daß die Einführung eines Zuteilungssystems der einzig mögliche Ausweg aus dieser schwierigen Lage sein dürfte, obwohl man im überwiegenden Teil der Industriekreise im allgemeinen einer Wieder-einführung von Regierungskontrollen skeptisch gegenübersteht.

welt, zu allgemeinen Regeln eines gemeinsamen Vorgehens finden wollten und die Einzelheiten einer gemeinsamen Initiative festzulegen hatten.

Andererseits handelte es sich darum, ein Weltreich zu das Schicksal Westeuropas zu binden, ein Weltreich, das mit seinen Gefühlen mehr zu Amerika hinneigt, während die verschiedenen Teile dieses Weltreiches über die ganze Welt verstreut sind. Man mußte also Großbritannien dafür gewinnen, neben den Sorgen um sein Imperium auch die Sorgen einer Verteidigung des Kontinentes mitzubringen.

Im ersten Fall würden zunächst die Beziehungen zwischen den Alliierten und den ehemaligen Gegnern: Deutschland, Italien, Spanien, zu regeln sein. Am 20. März war die italienische Frage im Prinzip geklärt. Wenn das spanische Problem auch noch keine grundsätzliche Regelung finden konnte, so besteht doch eine praktische Annäherung. Die deutsche Frage ist praktisch und de jure noch nicht gelöst. Die Regelung scheint sich jedoch, wenigstens soweit der westliche Teil Deutschlands dabei in Frage kommt, bereits abzuzeichnen. Es blieb also noch das Problem Großbritanniens.

Als Mister Bevin am 17. März seine Unterschrift unter den Brüsseler Pakt setzte, schloß er damit eine Politik ab, die bis dahin zwischen Vorgehen und Nachgeben schwankte, was zur Folge gehabt hatte, daß der Kontinent eigentlich nur mit Mühen nach England hinüberblickte. Dabei wußte England seit langem, daß seine militärische Grenze irgendwo zwischen Rhein und Weißel verlief. Es ist noch nicht lange her, daß England begriffen hat, daß seine Wirtschaft und sein Leben überhaupt in diesem Teil Europas wurzelt, in jenem europäischen Boden, dem es das Wesen der Meereswellen vorgezogen hatte. Man kann aber nicht auf Sand und kann auch nicht allein auf Wasser stehen.

Dieses zusammengechrumpfte Europa, das wollen wir uns nicht verbergen, verliert vielleicht an Ausdehnung, gewinnt aber erheblich an Einheitlichkeit. Seine Grenzen stimmen fast genau mit denen von 843 überein, jenen also nach dem Vertrag von Verdun. (Als die 3 Söhne Ludwigs des Frommen, des Sohnes Karls des Großen, das Reich unter sich teilten.) Sie umfassen nur solche Länder, die durch die Schule der drei großen forstenden Faktoren Europas gegangen sind und dem Kontinent ihre Prägung gegeben haben: Der griechischen Gedankenwelt, der römischen Methodik und der Lehren des Christentums. Dessen historischen Einfluß der vom Mittelmeer herkam, führt das neue Europa den ozeanischen Ozean des Atlantik hinaus, und gewinnt damit das neue Blut, das unserem Kontinent neues Leben spenden wird.

In diesem Europa bestehen keine wesentlichen inneren Unterschiede. Es gibt in ihm keine Minderheitsprobleme, diese schwärzende Wunde der durch den Vertrag von Versailles balkanisierten Staaten. Es erübt keine unauslöschbaren Haßgesänge mehr in ihm, wie sie aus dem Aufeinanderprallen von Kulturen und Weltanschauungen entstehen.

Es gibt in ihm etwas Großes, Gemeinsames: Die Not, aus der wir heraus müssen, die Gefahr, gegen die wir uns zu schützen haben.

Mit ihnen ist unserem Europa die Grundlage einer widerstandsfähigen Zusammenarbeit gegeben.

### Zuviel Kalorien in den USA

In dem Bericht einer amerikanischen Zeitung über die Lage auf dem Kakao-Weltmarkt lesen wir folgende Formulierungen, die der deutsche Leser zum mindesten als originell empfinden wird:

„Der Absatz in den USA ist nicht mehr so gut wie früher. Andere Süßwarenerzeugnisse, mit denen der Markt infolge des Zuckerüberflusses immer stärker überschwemmt wird, machen den Schokoladenwaren schwere Konkurrenz. Das Ostergeschäft ist bisher keineswegs zufriedenstellend verlaufen. Es ist recht beachtenswert, daß als das gegenwärtige Hauptproblem der USA-Süßwarenindustrie bezeichnet wird: Süßwaren mit möglichst niedrigem Kalorienwert auf den Markt zu bringen, um dadurch den Absatz zu steigern. Der Kaloriengehalt der amerikanischen Nahrung ist heute dank der erhöhten Einkommensverhältnisse so hoch, daß der Süßwarenabsatz darunter bereits ernstlich zu leiden begonnen hat. Es gilt also, Süßwaren zu erzeugen, die nicht so stark sättigen, wie die derzeit am Markt befindlichen. Die Lösung dieses Problems wird nicht leicht sein. Man wird auf alle Fälle gut tun, mit einem sinkenden Konsum in der nächsten Zeit zu rechnen. Der Hunger der Welt nach Süßwaren ist im Abnehmen begriffen.“

### Neue Kohlenvorkommen in der Sowjetunion

Moskau. Bei Swerdlowk (Ural) wurden nach einer Meldung der „Iswestija“ große Vorkommen einer wertvollen Fettkohle entdeckt, mit deren Förderung in der nächsten Zeit begonnen werden soll.

### Italien erhält neuen Kredit der USA

Washington. Nach einer Mitteilung der Export-Import-Bank wurde Italien zur Finanzierung der Gründung einer „Italien Handicraft Company“ ein Kredit von 4 625 000 Dollar gewährt.

# Das Abkommen mit Italien

Warenaustauschvertrag mit der französischen Zone unterzeichnet

hfg. Baden-Baden. Am 31. März ist das schon einige Zeit vorher paraphierte Handelsabkommen zwischen der französischen Zone und Italien unterzeichnet worden. Es unterscheidet sich grundsätzlich von dem früheren Abkommen, sowohl was den Umfang der in Aussicht genommenen Umsätze als auch die Auswahl der austauschenden Waren angeht. Das Abkommen gilt zunächst für sechs Monate. Es sind ihm zwei Listen beigelegt, welche diejenigen Waren enthalten, die Italien nach der Zone und die die Zone nach Italien ausführen wird. Ferner umfaßt die Vereinbarung noch ein Zahlungsabkommen.

Die beiden Regierungen können durch gemeinsamen Beschluß die in den beiden Listen enthaltenen Warenmengen erhöhen, sowie neue Warengruppen hinzufügen. Die Verträge zwischen den Handelspartnern müssen ebenso wie die Rechnungen auf US-Dollar lauten.

Das neue Handelsabkommen enthält keine Vereinbarungen über die Ausfuhr italienischer Obstes und von Südfrüchten nach der französischen Zone. In diese Einfuhr weitgehend dem privaten Verkehr, aber auch besonderen Vereinbarungen überlassen bleiben soll. An landwirtschaftlichen Erzeugnissen wird Italien nach der Zone Frischgemüse, Gemüsesamen, Futtermittel sowie Pflanzensamen für Reben ausführen, ferner ebenfalls für landwirtschaftliche Zwecke Rohschwefel und Kupfererz. Es bedeutet ein Zugeständnis an italienische Wünsche, daß die Einfuhr italienischer Handtaschen sowie von Handtaschen für Maschinen vereinbart werden ist. Wir haben bekanntlich in der Zone eine leistungsfähige Hanf verarbeitende Industrie, welche dringend auf Zufuhr von Rohhanf wartet. Ferner wird die Zone aus Italien Rohkork und Flaschenkork erhalten, sowie Naturschwämme. Für die Lederindustrie der Zone werden Gerbstoffe aus Italien eingeführt werden, an weiteren Chemikalien und Mineralien Borax, Borsäure, Ferrosilizium, Pyrit, Bismut und Talkum. An industriellen Fertigwaren wird Italien bestimmte Autoersatzteile sowie Bilux-Lampen für Autoscheinwerfer liefern. Es wurde auch zwischen beiden Ländern vereinbart, daß eine Anzahl von Eisenbahnwagen aus der Zone in italienischen Werkstätten instand gesetzt werden.

Die französische Zone ihrerseits wird an Italien eine reiche Auswahl von Halb Fertigwaren und Fertigwaren liefern. In dieser Auswahl haben die Ausfuhrwünsche wichtiger Industriezweige der Zone ihre Verwirklichung gefunden. So wird Italien aus der Zone Eisenschrott erhalten, jedoch unter der Voraussetzung, daß die italienischen Käufer auch die Transportmittel dafür zur Verfügung stellen; eine Regelung, wie sie vor kurzem auch von deutscher Seite aus für die Schrottlieferungen nach Großbritannien und USA vorgeschlagen worden ist. Ferner erhält Italien Asbestfaser, Karbid für Schmelztiegel, Aluminiumchlorid, Schwefelkohlenstoff, Farbstoffe, Sympthol-substanz, Igelöl, Lötlotmittel, synthetisches Wachs und Kaurit-Leim, Gelatine für fotografische Zwecke, Tonerde, Schamotte und feuerfestes Spezialmaterial sowie Bronzeplatten für die Papier-

industrie und Hilfsstoffe für die Schmuckwarenherstellung.

An Fertigwaren aus der Zone wird Italien Nadeln für Strickmaschinen, Strickstühle, Nähmaschinen mit Zubehör für die Schuhindustrie, landwirtschaftliche Maschinen, automatische Rotationsmaschinen, Präzisions-Meß- und Versuchsgeräte, chirurgische Instrumente sowie Ersatzteile für Uhren erhalten. Unter den landwirtschaftlichen Maschinen befinden sich Maschinenbinder, Mähmaschinen, Motorpflüge und Ersatzteile für landwirtschaftliche Maschinen. Von besonderem Interesse ist die Lieferung von 50 000 Festmetern Nadeln aus dem Holz der Zone. Diese Holzmenge wird zusätzlich zu den früher vereinbarten 300 000 im Rundholz geliefert werden.

Das Abkommen zeigt, daß die Zone auf eine Reihe wichtiger Erzeugnisse zu Gunsten Italiens verzichtet, um dafür lebenswichtige italienische Erzeugnisse einzutauschen.

Das Zahlungsabkommen zwischen beiden Ländern bestimmt, daß das italienische Wechselamt, das „Ufficio Italiano dei Cambi“, sinlose Konten in US-Dollars unter der Bezeichnung „Comandement en Chef Français en Allemagne“ eröffnen wird. Jeweils nach Ablauf von 3 Monaten werden die Konten abgeschlossen. Der sich ergebende Nettosaldo wird unmittelbar durch die schuldende Partei in US-Dollars beglichen. Sollte zur gegebenen Zeit der Saldo der Konten 400 000 \$ überschreiten, so muß die schuldende

Partei sofort den überschüssigen Betrag ihrer Verpflichtungen in US-Dollars vergüten.

Zu wünschen wäre, daß möglichst bald auch Vereinbarungen mit Italien über die Ausfuhr von Obst und Südfrüchten für die Zone getroffen werden. Italien legt auf diese Ausfuhr ganz besonderen Wert, nachdem in normalen Zeiten etwa die Hälfte der italienischen Obst- und Gemüseausfuhr vom deutschen Markt aufgenommen worden ist. Für 1948 hatte die italienische Regierung die Ausfuhr von 0,4 Mill. t Obst und Gemüse nach Deutschland vorgeschlagen, gegenüber 0,6 Mill. t in normalen Vorjahresjahren. Gegenwärtig befindet sich eine Einkaufskommission der JEIA in Rom und verhandelt dort über den Einkauf von italienischem Frischobst und Gemüse im Wert von 10 Mill. Dollar für die Doppelzone. Diese Lieferungen sollen im Rahmen des europäischen Wiederaufbauprogramms bereits in den Sommermonaten erfolgen. Es ist anzunehmen, daß auch die französische Zone an solchen Lieferungen teilnehmen wird.

Übrigens erwartet die deutsche Wirtschaft sehr viel von dem persönlichen Kontakt mit der italienischen Wirtschaft, der in größerem Umfang gelegentlich der Mailänder Mustermesse (29. 4. bis 16. 5.) stattfinden soll. Aus der Doppelzone werden 83 Firmen in Mailand anstellen. Die Zahl der Firmen aus der französischen Zone, die in Mailand ausstellen werden, ist noch nicht bekannt geworden.

## Deutsche Textilrohstoffeinkäufe

Frankfurt a. M. Die Deutsche Textileinkaufskommission in Schweden hat dort Verträge über Zellulose-Importe abgeschlossen. Nach einer ersten Meldung heißt es, daß 35 000 t Zellstoff fest und weitere 21 000 t auf Abruf gekauft wurden. Wahrscheinlich aber wird die tatsächlich gekaufte Menge noch etwas größer sein und zu 60 000 t herankommen.

Frankfurt a. M. Die in Deutschland gewesene Wollkommission englischer Wollfäbricate hat vor allem Gespräche mit der JEIA geführt, die den Zweck hatten, die Lohnveredelungsarbeiten der deutschen Textilindustrie für die englische Textilindustrie auf eine breitere Basis zu stellen. Daneben aber wurde auch vorgeschlagen, den Import feinerer Wollen für den deutschen Inlandsbedarf überhaupt einzuschränken, dafür aber größere Qualitäten heranzuziehen, die gut von der deutschen Industrie verarbeitet werden könnten. Die hochwertigen feinen Merinowollen sollen aber — und das scheint durchaus angestrebt zu werden — auch nicht mehr für Exportzwecke eingeführt werden. Damit würde die besondere Qualität der deutschen Tuche weder für das Inland noch für den Export hergestellt werden können.

### Doppelzone — England und Italien

— Frankfurt a. M. Am 6. Mai wird hier eine englische Handelsordnung zu Besprechungen über Ausweitung des Handels zwischen Großbritannien und

der Doppelzone erwartet. Sie wird insbesondere die Frage prüfen, wie sich die Notwendigkeit erhöhter Schrott- und Holzeinfuhr nach England mit den wirtschaftlichen Erfordernissen der Doppelzone in Einklang bringen läßt.

Eine von Mr. Wm. John Logan, dem Generaldirektor der JEIA, geleitete Abordnung verhandelt in Rom über den Ausbau der Handelsbeziehungen zwischen der Doppelzone und Italien. U. a. sollen Vereinbarungen über die Einfuhr von Früchten und Gemüse im Werte von 10 Mill. Dollar in den kommenden Sommermonaten abgeschlossen werden.

### Vorläufig keine Zivilprozesse gegen IG. Farben

Düsseldorf. Nach einer neuerlichen Anweisung der Legal Division darf kein deutsches Gericht ohne Zustimmung der Militärregierung irgendeinen Rechtsstreit gegen die IG. Farbenindustrie oder eine ihrer Tochtergesellschaften, deren Vermögen der Beschlagnahme durch die Kontrollkommission unterliegt, durchführen. Die Genehmigung der Durchführung irgendeiner Zivil-Klagesache gegen die IG. Farben wird bis auf weiteres nicht erteilt. Es ist indessen, wie es in der Verfügung weiter heißt, nicht beabsichtigt, irgend eine Person der Rechte gegen IG. Farbenindustrie oder eine ihrer Tochtergesellschaften zu benehmen. Es würden zur gegebenen Zeit Anweisungen erlassen, aus denen ersichtlich sei, welche Ansprüche geltend gemacht werden dürften.

# Deutschlands Einbau in die Weltwirtschaft

(Fortsetzung von Seite 1) dort werden. Es ist doch einleuchtend, daß dem arbeitenden Menschen eine Lohnerhöhung nichts nützt, wenn er für das Mehr an Lohn nichts kaufen kann. Dem Arbeiter muß ein Äquivalent für seine Arbeit gegeben werden.

Im übrigen besteht sowohl bei den westdeutschen Besatzungsmächten als auch bei den deutschen Behörden zweifellos die Tendenz, die deutschen Inlandspreise so bald wie möglich den Auslandspreisen anzugleichen. Ein gewisser Anfang ist in der Doppelzone damit gemacht worden, daß 1. die britische und amerikanische Militärregierung dem zwischen Frankreich, Italien und den Beneluxstaaten abgeschlossenen mehrseitigen Währungsabkommen beigetreten sind und daß zweitens ein fester Umrechnungskurs: 1 Mark = 30 Cents, oder 1 Dollar = 3,30 RM festgesetzt wurde. Dabei ist zunächst die Regelung getroffen, daß der deutsche Exporteur, der zu diesem Kurs voll anzugleichen wird, auf alle Fälle den deutschen Inlandspreis erhält. Falls dieser höher ist, bekommt er diesen und falls er niedriger ist, erhält der Exporteur trotzdem den vollen Erlös. Da aus den eben erwähnten Gründen die deutschen Selbstkosten sehr hoch liegen müssen, wird in Kreisen des deutschen Exports erklärt, daß nach der Geldreform ein Wechselkurs von mindestens 4 RM für einen Dollar, für einen großen Teil von Gütern sogar von 5 RM für einen Dollar, erwartet werden muß, wenn man überhaupt Exporterfolge erzielen will. Andererseits darf man aber nicht vergessen, daß der neue Kurs für die vorläufig überwiegende Versorgungs-

einfuhr Deutschlands als überaus günstig anzusehen ist. Deutschland steht also vor der Alternative, entweder seine Einfuhr billig zu erhalten, dann aber auch zu billigen, d. h. in diesem Falle zu unzureichenden Preisen exportieren zu müssen, oder seine Einfuhr zu verteuern und dann vielleicht konkurrenzfähig im Export zu sein. Eine Lösung nach argentinischem Muster dürfte kaum zu erreichen sein: Für die Einfuhr eines anderen Umrechnungskurs anzusetzen wie für die Ausfuhr. Trotzdem verkennen wir nicht, daß hierzu eine Lösungsmöglichkeit für das schwierige Dilemma liegen könnte, in dem sich Deutschlands Preisgefüge befindet. Jedenfalls wäre der Weg über zweierlei Umrechnungskurse eher zu vertreten und zu kontrollieren, als etwa der Weg über Industrieumlagen, wie wir sie früher bei der Kohle gehabt haben, denn eine solche zusätzliche Kostenbelastung würde den innerdeutschen Wiederaufbau der Wirtschaft erheblich behindern.

Jedenfalls ist eine Revision des Preis- und Lohngefüges im Gange, und diese bedeutungsvolle Aufgabe ist dem Wirtschaftsrat praktisch annähernd von den Besatzungsmächten gestellt worden. Nur so ist die Eigenart des Zeitpunktes zu verstehen. Es könnte nämlich mit Recht eingewandt werden, daß man eigentlich kurz vor einer Geldreform nicht die Preise erhöhen sollte, sondern damit zu warten habe, bis sich nach dieser Reform das Wertgefüge eingestellt hat. Bei der starken Kontrolle der deutschen Wirtschaft durch deutsche Behörden und die Besatzungsmächte kann allerdings ein Bedenken ruhig unterdrückt werden, daß

nämlich einzelne Industriezweige versuchen könnten, ihre Preispositionen noch kurz vor der Geldreform zu Lasten anderer zu verbessern. Aus dem gleichen Grunde ist auch ein allgemeiner Run nicht zu befürchten. Die kommende Geldreform ist ja auch eigentlich keine Umstellung der Wahrung oder eine Devaluierung oder etwas Ähnliches, sondern eine Feststellung der durch den Geldschleier verhüllten deutschen Vermögensverluste. Von der deutschen Wirtschaft ist schon oft der Wunsch geäußert worden, auf dem Markt der weniger lebensnotwendigen Güter die Preise sich frei einstellen zu lassen. In begrenztem Umfang wird das nun vor sich gehen, und es ist eigentlich gut, daß es noch vor der großen allgemeinen Abgabe geschieht, die die Geldreform praktisch darstellt. Man wird nun die Wirkung abwarten müssen, die sich aus der Erhöhung der Preise für Kohle, Eisen und Metalle ergibt. Daß so erhebliche Preiserhöhungen in den Grundstoffen wesentliche Erhöhungen der Selbstkosten in der weiterverarbeitenden Industrie und damit Preiserhöhungen dort auslösen werden, ist selbstverständlich. Ebenso müssen daraufhin die Löhne hinaufgesetzt werden. Das ist unabweislich.

Die Wirtschaftsminister der deutschen Länder haben nun ihre große Stunde, die es zu nützen gilt. Wo und wie fangen sie die Bewegung ab und wie finden sie ein neues Preis- und Lohngefüge, das auch nach der Geldreform hält und die Basis für eine Gesundung der deutschen Wirtschaft bildet? Dabei bleibt der Blick darauf gerichtet, daß die deutsche Wirtschaft sich in die Weltwirtschaft wieder eingliedern soll! X

## In Kürze:

Die Doppelzone hat in Schweden und Finnland 43 000 t Holschiff für die Papierfabrikation gekauft. Schweden wird in der zweiten Hälfte des laufenden Jahres weitere 21 000 t liefern.

Der Verkauf deutschen Eigentums in Schweden hat bisher 215 Mill. \$ Kr. eingebracht. Man rechnet, daß sich dieser Betrag bis auf zirka 370 Mill. \$ Kr. erhöht.

Die Ablehnung Schwedens, Uhren, Bijouterien und andere entbehrliche Dinge aus der Schweiz einzuführen, sind der Haupthindernisgrund für den Abschluß eines schwedisch-schweizerischen Handelsabkommens.

Schweden führte im Jahr 1947 aus den USA Waren im Werte von 1,6 Mrd. Kronen ein, exportierte aber nach den USA Waren im Werte von nur 348 Mill. Kronen.

In Französisch-Marokko wurden zwei neue Erdölquellen bei Petitjean erschlossen, von denen jede täglich 15 000 Liter Petroleum ergibt. Man hofft, ein ausgedehntes Erdöllager entdeckt zu haben.

Wie das USA-Innenministerium bekannt gibt, wurde in den Rocky Mountains im Staate Colorado ein Gebiet von etwa 100 Quadratkilometern, das Uranvorkommen enthalten soll, zur ausschließlichen Verwendung der amerikanischen Atomenergiekommission reserviert.

Die Treibstoffgewinnung in den USA betrug in der am 3. April zu Ende gehenden Woche 15,85 Barrels, die Tageserzeugung 5,4 Mill. Barrels. Die Vorräte erhöhten sich von 105,3 Mill. auf 113,5 Mill. Barrels.

Die Abgaben für die Durchfahrt durch den Panamakanal werden ab 1. Oktober wesentlich erhöht werden.

Die Preise im englischen Schiffbau sind seit 1938 ständig gestiegen, so daß heute der Bau eines Passagierschiffes 110 £ pro t kostet, gegenüber früher 50 £.

Die Zahl der Geburten in England von 1. Januar bis 31. März betrug 92 286 gegenüber 111 266 in der gleichen Zeit des Vorjahres, d. h. 17 % weniger.

In England werden die Treibstoffzuteilungen für die Autobesitzer wieder erhöht, betragen aber trotzdem nur ein Drittel der Zuteilungen im September 1947.

In dem großen Kohlenhafen Norfolk sind die für den Export bestimmten Kohlenmengen infolge des Bezugsarbeiterstreiks fast völlig aufgebraucht. 1300 Arbeiter, darunter 900 Seelen, sind durch den Streik arbeitslos geworden.

Die Schweiz und Italien wollen gemeinsam zwei Ozeandampfer im Verkehr nach den USA einsetzen. Der Bau wird je Schiff auf 75 Mill. Schweizerfranken geschätzt.

Die belgischen Schiffswerften werden 35 Motorschiffe für Frankreichs Binnenschiffverkehr bauen, wozu zwei große Rheinschlepper kommen. Für die Schweiz sollen 18 Motortankschiffe gebaut werden, für Bulgarien ein 3000-t-Schiff.

Die japanische Walfangexpedition in der Antarktis hat 1321 Wale gefangen, die eine Ausbeute von 17 829 t Öl und 30 000 t Speisefett ergeben sollen.

In der Nähe von Kulisjov an der Wolga ist eine neue sowjetische Schiffswerft im Bau, die jede Woche ein Schiff von Stapel lassen soll.

Zwei sowjetische Schiffe mit je 9000 t Getreide aus der Ukraine werden in Ägypten erwartet. Die Schiffe sollen auf der Rückfahrt Baumwolle nach der UdSSR bringen.

Die Fiatwerke in Turin haben ihre Exportpreise um 25 % gesenkt. Fiat stellt etwa 80 % der italienischen Kraftwagen her.

Die türkische Zuckerproduktion erreichte im Jahr 1947 96 000 t. Die Regierung will neue Raffinerien bauen und die Produktion steigern.

In der Tschechoslowakei wurden seit Februar in nationalisierten Betrieben 11 128 Trensöhner eingesetzt, u. a. in der Metallindustrie 3 506, im Baugewerbe 642, in Druckereien 274 und in Hotels 310.

Zwischen Norwegen und der Sowjetunion werden Verhandlungen über die Lieferung von 200 000 t norwegischer Salshering an Rußland geführt.

32 Nationen, darunter Großbritannien, die USA, Frankreich und die UdSSR werden an der in London am 23. April stattfindenden „Konferenz für die Sicherheit der Meere“ teilnehmen.

WIRTSCHAFTSREVUE-VERLAG GmbH, Konstanz, Chefredakteur Oskar Kraemer; Stellvertreter: Dr. H. F. Geller (Baden-Baden); verantwortlich für die Steuerbefreiung: Peter Becker (München). Zweiseitiges Verlagspostamt für franz. Zone: Konstanz; amer.-engl. Zone: Kitzingen/B. Druck: Oberbad. Verlagsanst. Merz & Co. KG, Konstanz. — Zuschriften an die Redaktion nicht an einzelne ihrer Mitglieder erbeten. Für unverlangt eingesandte Manuskripte wird keine Haftung übernommen. Die Beilage von Rückporto verpflichtet nicht zu Rücksendung unverlangt eingesandter Manuskripte. Jede mit Namen des Verfassers versichene Veröffentlichung stellt lediglich dessen Privatmeinung dar. Nachdruck oder sonstige Veröffentlichung nur mit Genehmigung der Redaktion; wissenschaftliche Verwertung nur mit Quellenangabe. — Zur Zeit: 12 Anzeigen - Preisliste Nr. 3 gültig.



# Wir greifen auf:

## Prämiennachlaß — unerwünscht

Während wir uns sonst in Deutschland damit abquälen, Preissteigerungen zu vermeiden oder in engen Grenzen zu halten, protestiert man in einer bestimmten Branche gegen einen Preisnachlaß. Die Vereinigung der in Bayern tätigen Versicherungsunternehmen hat das bayerische Landesaufsichtsamt für das Versicherungswesen auf Begünstigungsverträge einer Versicherungsgesellschaft nicht den Fuhrgewerbe in Bayern hingewiesen, die den einzelnen Fuhrunternehmern einen Mehrheitsnachlaß von 20 % einräumen und deshalb gegen aufsichtsamliche und preisbehördliche Vorschriften verstößen dürften. Es ist zunächst schwer einzusehen, warum die Preisbehörden, die doch die amtliche Funktion haben, unbedingte Preissteigerungen zu bremsen, gegen Preisermäßigungen vorgehen sollen, oder daß dies sogar zu ihren Aufgaben gehöre. Im übrigen sind Mehrheitsnachlässe im Versicherungsgewerbe keine Seltenheit. Anders sähe diese Angelegenheit allerdings aus, wenn die Nutznießer dieses Prämienachlasses nur Genossenschaften wären, wie sich aus der unten vorliegenden Meldung vermuten läßt. Das könnte als Einseitigkeit ausgelegt werden, aber nur dann, wenn nicht genossenschaftlich zusammengeschlossene Unternehmer des Fuhrgewerbes keine solche Vergünstigung erhielten. Das würde sicher auch versicherungsrechtlich nicht zu vertreten sein. Wenn nun aber die Fuhrunternehmer Bayerns keine anderen gewerblichen Zusammenschlüsse kennen wie die genossenschaftlichen, dann kann gegen einen Mehrheitsnachlaß kaum etwas eingewandt werden. Wir wollen zugeben, daß wir uns wundern, wenn trotz der erhöhten Risiken im Fuhrgewerbe und einer dem keineswegs entsprechenden Prämienerschließung eine Gesellschaft heute in der Lage ist, Prämienachlässe zu gewähren. Wenn eine Gesellschaft dies wirklich kann, ist indessen nicht einzusehen, warum sie den Nachlaß nicht gewähren soll. Das Versicherungsgewerbe darf nicht zu einem Monopol werden, bei dem sich die Preise nach der Gesellschaft richten, die die höchsten Selbstkosten hat.

## Ein Titel für die Ostsee

Auf der Tagung des polnisch-tschechoslowakischen Wirtschaftsrates in Prag kam kürzlich Wünsche der Tschechen zur Sprache, auf der Ostsee ihre eigenen Schiffe verkehren zu lassen. Man erinnert sich dabei der Tatsache, daß die Ostsee von den Polen gern als polnische Meer betrachtet wird. Der polnische Handels- und Industrieminister hat sich indessen keineswegs gegen die von den Tschechen geäußerten Wünsche gewandt, sondern sie sogar unterstützt. Es wurde gleich auch der Grund dafür angegeben: Die Polen schlagen den Tschechen eine Koordinierung ihrer Produktionsprogramme vor. Man empfiehlt auf polnischer Seite insbesondere die Koordinierung der Kohlenförderung Oberschlesiens mit der Stahlproduktion im Mährisch-Schwarzer Becken; dadurch könne man in kurzer Zeit die Kohlenproduktion auf 90 Mill. t und die Stahlproduktion auf 4 Mill. t bringen. Die Besorgnis um den Abzug der polnischen Kohle scheint, wie man sieht, schon nicht mehr selbst vor politischen Konzessionen zurück. In seiner Bereitschaft zu Einseitigkeiten ging der polnische Handelsminister sogar bis zu der Erklärung, die Ostsee müsse so bald wie möglich auch ein tschechisches Meer werden. In Warschau kreisen vermutet man, wie nicht weiter verwunderlich ist, hinter dieser Erklärung des eigenen Ministers die starke Hand aus Moskau. Ganz rein ist, wie internationale Pressenmeldungen es erkennen lassen, die Freude nicht, die von einer solchen Vermutung erweckt werden kann. Man befürchtet, daß der Konzession, die den Tschechen auf Kosten Polens gemacht worden ist, bald weitere zu Gunsten der gleichgeschalteten Regierung eines etwaigen ostdeutschen Staates folgen werden; vielleicht wieder unter dem Motto: Koordinierung der Produktionsprogramme oder gleich der gesamten Wirtschaft. Die Schmeichelei, mit der die sehr weitgehenden Wünsche der Tschechen Gehör gefunden haben, hat jedenfalls überzogen und nachdenklich gestimmt.

## Irreparabel

Materielle Kriegsschäden sind heilbar. Beschädigte Häuser können instandgesetzt, verfallene Städte wiederaufgebaut, verrostete Maschinen überholt, und verbrannte Anlagen durch neue ersetzt werden. Kurzum, hier handelt es sich um „reversible Prozesse“ im weitesten Sinne des Wortes, was besagt, daß der ursprüngliche Zustand wiederherstellbar ist.

Nun kann dies aber leider — ganz zu schweigen von den unmittelbaren Verlusten an Leben und Gesundheit! — nicht von allen Kriegsfolgen gesagt werden. Es sei nur an die bleibenden Gesundheitschäden und den wahrscheinlich bald einsetzenden Geburtenrückgang — der gegenwärtige Geburtenüberschuß ist — das eine vorübergehende, im übrigen bekannte Nachkriegsverrechnung — gedacht, beides die Folgen völlig unumkehrbarer, katastrophaler großstädtischer

## Französische Zone

Das in Durchführung des Artikels Nr. 5 beschlagnahmte, für den Handelsgebrauch bestimmte deutsche Flußschiffahrtsmaterial kann dem deutschen Schiffsamt für den Mittelrhein durch Anordnung des Directeur des Travaux Publics et Transports für die Befugnisse der deutschen Wirtschaft zur Verfügung gestellt werden. Die zuständigen Behörden des französischen Oberkommandos in Deutschland werden mit der Durchführung dieser Verfügung beauftragt.

In der Ortschaft Oberbreisig wird eine Holz-Spielzeug-Industrie aufgebaut, die insbesondere Frauen und Kriegsbeschädigte, zum größten Teil in Heimarbeit, beschäftigt. Der Absatz ist groß; ein umfangreiches Exportgeschäft wird angebahnt.

Die Akkumulatorenfabrik „Rheinland“ in Andernach stellt laufend Anlauf- und Starter-Batterien her. Infolge Brandschadens ist zur Zeit die Lieferung eingeschränkt.

Die Firma H. Martin Stier in Bad Ems stellt spannbewerkende Genauigkeitswerkzeuge her. Die Produktion leidet unter Materialschwierigkeiten.

Die früher in Wiesbaden ansässige Firma Adolf Blumer, die elektro-medizinische Geräte herstellt, hat ihren

Betrieb nach Kothem an der Mosel verlegt. Zurzeit wird eine große Fabrikhalle errichtet. Die Produktion ist durch zeitgemäße Schwierigkeiten stark gehemmt.

Die Schiffswerft Koblenz-Lützel, eine der größten Schiffsreparaturwerkstätten der franz. Zone, besitzt 12 Halling-Wagen mit einer Tragfähigkeit von je 50—60 t. Ein Bauhafen ist zur Aufnahme von Schiffen mit Maschinenschalen bestimmt. Die gesamten Anlagen sind wieder voll betriebsfähig. Insgesamt werden 160 Fach- und Hilfskräfte beschäftigt. In sechs Monaten wurden rund 20 000 t Schiffsraum wieder einsatzfähig gemacht.

Die Säger-Schuhfabrik, ein früherer Zweigbetrieb der aufgelösten Mayener-Schuhfabrik, hat seit längerem die Produktion von Arbeits-, Berufs- und Sportschuhen aufgenommen. Infolge geringer Materialteilungen ist der Betrieb nur zu einem Teil ausgefüllt.

Der Viktoria-Brunnen in Oberlahnstein, der zu den ältesten Quellen Deutschlands gehört, brachte bis 1939 jährlich 5—6 Millionen Flaschen zum Versand. Die Verfrachtung erfolgte größtenteils mit eigenem Schiff. Nach Beseitigung größerer Kriegsschäden ist der Betrieb wieder in Gang gekommen. Man hofft auf ein gutes Exportgeschäft mit Holland.

## Amerikanische Zone

Ein Abkommen, wonach Bayern aus Österreich 3000 t Kalk im Austausch für 220 t Karbid erhält, wurde genehmigt, wie im Märzbericht der amerikanischen Militärregierung mitgeteilt wird. Durch die Kalkzufuhren soll eine Steigerung der bayerischen Karbidproduktion ermöglicht werden.

Auf einer Tagung der bayerischen Handwerkskammern in Nürnberg wurde beschlossen, in Nürnberg eine Zentralstelle für die Ausführung handwerklicher Leistungen zu schaffen, die bayerische Handwerk zu errichten.

Im Tal der Aisch, zwischen Aisch und Utztadt, stieß ein vom Landrat zugewogener Fachmann auf größere Erdölvorkommen. Nach der Meinung des Sachverständigen wird die bestehende Förderung die Ölgewinnung eines bei Hannover entdeckten Erdöl-vorkommens an Wert und Menge über-treffen.

Wie der Leiter der Verlagskontroll-Abteilung der Militärregierung für Bayern erklärte, sind über 10 Millionen Bücher mit über 1000 verschiedenen Titeln während des letzten Jahres in Bayern verlegt worden.

Die Landeszentralbank von Bayern hat im Zusammenhang mit der in Aussicht stehenden Währungsreform bekanntgegeben, daß bei der Neueröffnung von Konten aller Art künftig von dem künftigen Kreditinstitut nicht nur die Person des Antragstellers, sondern auch die Person desjenigen zu prüfen sind, für den das Konto eröffnet werden soll. Es sei notwendig, daß sowohl über den derzeitigen Wohnort, als auch über den Geburtsort des Kontoinhabers einwandfreie Unterlagen vorgelegt werden. Diese Maßnahme soll verhindern, daß im Hinblick auf die in Aussicht stehende Währungsreform Scheinkonten bei den Kreditinstituten errichtet werden.

Das bayerische Landesversicherungsamt in München hat seine Tätigkeit mit einem Senat aufgenommen, die Bildung eines zweiten Senats ist in Vorbereitung. Zum Vollzug der Sozialversicherung bestehen in Bayern nunmehr 166 Versicherungs- und 7 Oberversicherungsämter.

Im Münchner Schlacht- und Viehhof hat die „Hormon-Chemie“ ein Speziallaboratorium eingerichtet, in welchem alle anfallenden Bauchspeicheldrüsen gesammelt werden, aus denen bis zu 2 Millionen Einheiten Insulin gewonnen werden können, womit der Bedarf der Westzonen etwa zur Hälfte gedeckt werden kann.

Der ehemalige KZ-Steinbruch in Flossenbürg bei Neustadt an der Waldnaab konnte kürzlich wieder auf genossenschaftlicher Grundlage in Betrieb gesetzt werden.

Die Daimler-Benz-AG. beschäftigt Kraftfahrzeugteile im

Rahmen einer größeren Aktion in dritten Betrieben fertigen zu lassen. Es werden Reparaturwerkstätten in den verschiedenen Bezirken gesucht, die diese Aufgabe übernehmen können. Mit den Reparaturen, die dadurch erleichtert werden, soll der Mangel an Transportraum gemildert werden.

Das MAN-Werk Augsburg fertigt zur Zeit für den Export Rotationsmaschinen an, Flachdruckmaschinen werden bereits serienweise hergestellt. Zubehör- und Textilmaschinen werden instand gesetzt. Außerdem stellt die MAN Dampfesselbehälter und Apparate für chemische Werke und Betriebe der Nahrungsmittelindustrie her. Die Gießerei nimmt die Schlüsselstellung für sämtliche Produktionsprogramme des Werkes ein.

Die Firma „Ostia“, chemische Fabrik in Roding (Oberpfalz), errichtet in Regensburg eine Seifen- und Waschmittel-

Nach Mitteilung der Reichsbahndirektion sind im Werkstattbereich der Eisen-, Kün- und Wuppertal seitler von etwa zwanzig Firmen 14 000 beschädigte Güterwagen zerlegt worden. Gegenwärtig sind es wöchentlich bis zu 130 Wagen. Die Hälfte an Material kann unmittelbar zur Wagenreparatur verwandt werden, der Rest fällt als Schrott an.

Die Waggonfabrik Uerdingen A.-G. konnte kürzlich den Tag ihres 50jährigen Bestehens begehen. Das Unternehmen hat durch den Kriegsausgang ein in Sachsen eingerichtetes Ausweichwerk für Ringfederfertigung durch Demontage verloren. Die beiden Werke Uerdingen und Düsseldorf haben jedoch durch die Kriegseinwirkungen nur verhältnismäßig leichte Schäden gelitten, so daß sie heute wieder voll leistungsfähig sind und von der Reichsbahn in das vorgesehene Neubauprogramm eingeschaltet sind. Leider steht der Mangel an Arbeitskräften einer vollen Ausnutzung der Kapazität im Wege. Die Belegschaftszahl beträgt zur Zeit in Uerdingen 1550, in Düsseldorf 650.

In Hamburg wurde die „Wissenschaftliche Arbeitsgemeinschaft Eiweißforschung“ gegründet, die eine Zusammenfassung der bisherigen Forschungsarbeiten anstrebt und sich insbesondere die bessere Verwendung bisher unbenutzter Eiweißträger und die Schaffung hochwertiger Eiweiß-Nährmittel zum Ziel gesetzt hat.

Das Veracarb-Werk für Kautschukverarbeitung C. m. b. H. Leverkusen, LG-Werk, hat dem Wirtschaftsministerium von Nordrhein-Westfalen mitgeteilt, daß ihm im Besitze des Fabrik- und eines polnischen Offiziers davon Kenntnis gegeben wurde, daß die

Wohnungsverhältnisse. Und diese Folgen des Krieges, die zudem noch Überalterung und zunehmende Sterblichkeit nach sich ziehen werden, sind „irreversibel“.

Der Mensch sollte unbestritten auch bei allen wirtschaftlichen Vorgängen an erster Stelle stehen, und seinen Interessen hätten sich demnach alle übrigen Probleme unterzuordnen. Würde dem aber in den bisherigen Nachkriegsjahren stets Rechnung getragen? Es bedarf keiner Begründung: Instandsetzungen und Neubauten von Industrieanlagen, Verwaltungsgebäuden und sonstigen Einrichtungen der Produktion und des Verkehrs sind lebenswichtig; städtebau-

schließlich plant man Wohnviertel, wenn ein allmählicher Bevölkerungsrückgang ihre Errichtung nicht mehr notwendig oder jedenfalls nicht mehr im ursprünglichen Umfange erforderlich erscheinen läßt? Die erste Forderung müßte daher kurz und einfach lauten: „In möglichst kurzer Zeit mit einem Minimum an Material ein Maximum an dauerhaften und soliden Wohnungen zu schaffen“. Und dies ist zunächst in unseren Städten doch wohl nur durch die Wiederherstellung oder den teilweisen Neubau von Vielfamilienhäusern, Lieblas so als „Mietskasernen“ bezeichnet, möglich. Derartige Vorhaben sollten vor allen anderen Bauten ran-

Die Firma Heindl, Augsburg, produzierte 1947 rund 10 500 t Zeitungspapier. Die Kapazität für 1947 betrug etwa 26 400 t.

Die Kleiderfabrik Hermann & Co. in Straßburg hat einen Betrieb mit 100 Arbeitskräften eröffnet und stellt hauptsächlich Arbeitsanzüge aus amerikanischen Zelluloseplanen her. Die Konfektionsabteilung für Straßenanzüge und Kleider soll sofort nach Bereitstellung von Material aufgenommen werden.

Dem Spezialarchiv der deutschen Wirtschaft Verlag Hoppenstedt & Co., Hauptst. Heppenheim (Bergstraße), mit Zweigniederlassungen

Die Hauptverwaltung für Interzonen- und Außenhandel in der russischen Besatzungszone hat mit einem Konsortium dänischer Kaufleute einen Exportvertrag abgeschlossen. Dänemark soll nach diesem Verträge frische Fische und Heringe, Saatkartoffeln und Medikamente liefern. Die russische Besatzungszone dagegen wird an Dänemark Maschinenteile, Textilien, Papier und Pappe, Porzellan- und Glaswaren liefern.

An der Kölner Frühjahrsmesse wird sich das Sächsische Industrie-Kontor (SIK), Dresden, mit einem eigenen Büro beteiligen. Aufgabe des SIK ist es, für eine zweckmäßige Erfassung und Verteilung der Rohstoffe, Halbfabrikate und Fertigwaren für die Wirtschaft des Landes Sachsen zu sorgen. Hierbei will es auch den außerkontingentmäßigen Gütertausch zwischen sächsischen und westdeutschen Firmen betreiben und vermitteln. Zu diesem Zweck ist in Duisburg eine Niederlassung des SIK für die Westzonen errichtet worden, der ein umfangreiches Auslieferungslager angeschlossen wird, das in erster Linie Textilien, Glas, Porzellan und Keramik sowie Musikinstrumente aller Art enthalten wird.

Aus einem Bericht über die Papier-zuteilung, die Berlin im Jahre 1947 erhalten hat, geht hervor, daß von einer Gesamtmenge von 11 288 t 7341 t auf den sowjetischen Sektor, 2662 t auf den amerikanischen, 934 t auf den englischen und 351 t auf den französischen Sektor entfielen. Daraus ergibt sich eine Verbrauchsquote von 6,5 kg pro Kopf

maschinellen Einrichtungen zur Herstellung von Kraftfahrzeugreifen an Polen zurückgestellt werden müssen. Eine offizielle Benachrichtigung seitens der Militärregierung liegt noch nicht vor.

Die Feldmühle, Papier- und Zellstoffwerke AG in Reisholz bei Düsseldorf, die eine Friedenskapazität von etwa 42 000 t pro Jahr hatte, stellte 1946 17 000 t und im Jahre 1947 21 400 Tennen Zeitungspapier her.

Die Carl Peterzell AG (Weinbrennerei, Likör- und Spirituosenfabrik) in Hamburg, früher in Königsberg i. Pr. beruft auf den 27. 4. eine außerordentliche Hauptversammlung nach Hamburg ein, um auch eine formelle Genehmigung zu der Umsiedelung zu erhalten. Die Carl Peterzell AG erhielt bereits im Februar dieses Jahres die Zulassung für die Hauptbetriebszweige, konnte aber in die Fabrikation noch nicht eingeschaltet werden.

Die Steintiner Bergschloß-Brauerei AG. und das Bürgerliche Brauhaus AG. Insterburg schlugen ihren nach Hamburg einberufenen Hauptversammlungen die Verlegung des Sitzes nach dem Westen vor.

In einer außerordentlichen Mitgliederversammlung der Vereinigung Westfälischer Brauereien wurde einstimmig beschlossen, die Vereinigung in einen „Verband Rheinisch-Westfälischer Brauereien“ überzuführen, dessen Sitz vorläufig Dortmund ist. In der Versammlung erklärten auch die Brauereien, die der Brauereivereinigung im niederheinischen Industriebezirk angeschlossen sind, vollsählig ihren Beitritt zu dem neuen Verband. Die Satzung des Verbandes ist so gestaltet, daß weitere Gruppen rheinischer Brauereien Aufnahme finden können.

gieren, ganz gleich, ob durch diesen Vorrang ein Ministerium, eine Brotfabrik oder Zehnerverwaltung etwas länger auf ihre neuen Unterkünfte warten müßten. Eine derartige Bevorratung wäre im übrigen auch heute ohne Gefahr für die Versorgung der Bevölkerung mit den wichtigsten Gütern möglich.

Viele städtische Wohnblöcke sind reparabel, vielleicht manchmal sogar besser, schneller und billiger als Einfamilien- oder Geschäftshäuser. Durch schlechteste Lebensbedingungen verursachte Gesundheitschäden und ihre psychologischen Folgen sind dagegen „irreparabel“! Videant consules ... S.

in Berlin, Braunschweig, Essen, München, wurde von der amerikanischen Militärregierung die Buchlizenz für Wirtschafts- und Finanzliteratur erteilt. Der Verlag, der durch die früher von ihm herausgegebenen finanziellen und firmenkundlichen Nachschlagewerke bekannt ist, bearbeitet auf Grund eingehender Erhebungen ein umfassendes neues Verlagswerk, das unter dem Titel „ABC der Deutschen Wirtschaft“ alle deutschen Industriezweige, nach Branchen geordnet, behandelt. Ferner wird das „Handbuch der deutschen Aktiengesellschaften“ in Verbindung mit dem Loseblattwerk „Das Spezial-Archiv der Deutschen Wirtschaft“ ab Juli 1948 meist in wöchentlichen Lieferungen wieder erscheinen.

## Ostzone

der Bevölkerung — diese Menge umfaßt den gesamten Papierbedarf —, während 1939 nur für Zeitungen, Zeitschriften und Bücher 45 kg pro Kopf verbraucht wurden.

Von den sogenannten Kleinst-Pflanzern in der Ostzone und in Berlin sind rund 2 700 t Rohtabak gegen Zigaretten und Raubtabak umgetauscht worden. Die Umtauschfrist wird bis zum 30. April verlängert.

Die Berliner Chemische Industrie umfaßt wieder etwa 850 Betriebe mit 20 000 Belegschaftsmitgliedern und einem Jahresumsatz von 300 Mill. Mark. Die Umsatzziffer liegt deswegen doppelt so hoch wie in der Vorkriegszeit, weil der Alkoholpreis außerordentlich gestiegen ist. Mengemäßig dürfte sie etwa 80 % des Vorkriegsstandes erreicht haben. Etwa 40 % der Betriebe befinden sich im Ostsektor, über 30 % im amerikanischen, fast 20 % im britischen und fast 10 % im französischen Sektor. Der Betriebszahl nach steht die pharmazeutische Industrie mit 215 Werken an zweiter Stelle, da die kosmetische Industrie einen erheblich größeren Umsatz und 310 Betriebe umfaßt. Die Rohstofflieferungen für die pharmazeutische und die Seifenfabrikation, deren Kapazität keineswegs voll ausgenutzt wird, sind unzureichend, vor allem vom russischen Sektor aus. Befriedigend war die Belieferung des amerikanischen und britischen Sektors mit Soda und technischen Fetten. Für den Gesundheitszustand in Berlin dürfte eine gesteigerte Anlieferung von Seife und Waschmitteln notwendig sein.

Wie die Betriebsleitung der Schering AG, Berlin mitteilt, werden die Berliner Betriebe nicht nach dem Westen verlagert. Die vier in Berlin bestehenden Werke stellen pharmazeutische Artikel und Pflanzeneschutzmittel her, die zu zwei Dritteln für den zivilen Bedarf bestimmt sind. Augenblicklich kämpfen die Schering-Werke um die Beibehaltung ihres alten Warenzeichens. In den Berliner Betrieben arbeiten augenblicklich 2600 Arbeitskräfte, in den Betrieben der Westzone etwa 300 Arbeiter.

Die auf dem Kreuzberg in Berlin gelegene Schultheiß-Brauerei wird wieder aufgebaut, wie der Direktor der Brauerei, Sixtus, bei einer Führung mitteilte. 60 % der Brauereigebäude sind durch Luftangriffe beschädigt, die maschinellen Einrichtungen jedoch sind zum Teil wieder betriebsfähig. Zur Energieerzeugung dienen die im Jahre 1891 erbauten Anlagen, die heute noch tadellos funktionieren. Die Jahreskapazität der Brauerei betrug 450 000 hl, sie ist aber zur Zeit nur zu einem Drittel ausgenutzt.

Bei den Halleschen Salzwerken u. Chemische Fabriken, Celbe (Saale), über deren Enteignung seit längerer Zeit verhandelt wurde, sind die Einsprüche, die sich gegen die entschädigungslose Übergangung richteten, ergebnislos geblieben. Die gesamten Werkanlagen einschl. des Kali- und Salzbergwerkes Angersdorf und der chemischen Fabrik sind mit Rückwirkung auf den 1. Oktober 1946 zu landeseigenem Besitz von Sachsen-Anhalt erklärt worden. Die AG., deren Werte an der Rheinisch-Westfälischen Börse notiert wurden, ist aufgelöst worden.

Die Küchenmöbelfabrik Klosterfeld Mark Brandenburg, die als landeseigener Betrieb arbeitet, beschäftigt über 230 Arbeiter und deckt etwa ein Zwölftel der gesamten Möbelproduktion des Landes Brandenburg an Küchen- und Haushaltsmöbela.



# Arbeitsanreiz und Inflationsbekämpfung

### Die beiden Pole des englischen Budgets

Von unserem Londoner L.N. Korrespondenten

Steuererleichterungen können die Arbeitslust anregen und sehr wesentlich zur Erhöhung der Produktion beitragen. Aber erhöhtes Einkommen durch verminderte Steuerlasten können — in einer Mangelwirtschaft — einen inflationistischen Druck ausüben, der zu Preiserhöhungen, Lohnforderungen, Arbeitsunruhen und Produktionsstörungen führen kann. Englands Schatzkanzler und oberster Wirtschaftsplaner, Sir Stafford Cripps, sah sich diesen beiden anscheinend widerstreitenden logischen Folgerungen gegenüber, als er sein Budget für 1948/49 aufzustellen hatte. Seine wichtigste Aufgabe war nicht, einen ausgeglichenen Staatshaushaltsplan zu entwerfen. Die Nachkriegsenkung der englischen Staatsausgaben einerseits, die Vollbeschäftigung der Wirtschaft und eine entsprechende Steuerkraft andererseits machten es verhältnismäßig leicht für ihn, die finanzielle Deckung für die Staatsausgaben einschließlich der sogenannten Kapitalaufwendungen aus den bisherigen Steuermaßnahmen abzuleiten. Unter diesem Gesichtspunkt hätte er sogar einige wesentliche Steuererleichterungen vorsehen können, ohne entsprechende Erhöhungen an anderer Stelle vorzunehmen. Die Schwierigkeiten ergaben sich nicht für den Finanzpolitiker, sondern für den Konjunkturpolitiker Cripps. Und diese Schwierigkeiten waren um so größer, als Cripps es nicht allein mit der englischen Wirtschaftspolitik und mit der englischen Konjunktur zu tun hatte, sondern die internationale Wirtschaftsentwicklung einzukalkulieren mußte. Denn England muß, das hat sich inzwischen ja ziemlich allgemein herumgesprochen, für die Erhaltung seines im Vergleich zur Vorkriegszeit nicht unwesentlich gesunkenen Lebensstandards einen neuen Ausgleich für seine Zahlungsbilanz finden. Und zwar aus mehreren Gründen: Seine Einkünfte aus Kapitalen im Ausland sind während des Krieges sehr geschmolzen, sein Einfuhrbedarf ist nach wie vor groß und teurer als man noch vor Jahresfrist angenommen hatte, und seine Bemühungen um erhöhte Ausfuhr haben bisher nicht den erhofften Erfolg gehabt. Die Folge war, daß flüssige Aktiven, wie Gold und Dollarbestände, Investitionen im Ausland und ausländische Kredite, wie die amerikanischen Anleihe, sehr viel rascher als erwartet und tragbar zum Ausgleich der Zahlungsbilanz drängten.

In seiner Budgetrede vor dem englischen Parlament, die das weite Feld der wirtschaftlichen Lage umspannte,

mußte der englische Schatzkanzler feststellen, daß ohne die glücklicherweise schneller als erwartet verabschiedete amerikanische Hilfe für den europäischen Wiederaufbau diese Aufgabe unlösbar wäre. Theoretisch ließen sich zwar drastische Kürzungen der englischen Einfuhren nicht nur an entbehrlichen Gütern, sondern auch an Nahrungsmitteln und Rohstoffen denken. Doch dies müßte unmittelbare Folgen für die englische Arbeitskraft und die englischen Produktionsmöglichkeiten haben. Arbeitslosigkeit und nachlassende Exporte wären kaum vermeidbar.

#### Marshall-Hilfe

Doch die Marshall-Hilfe erlaubt es England, für die nächsten Jahre mit einem größeren Defizit in der Handelsbilanz zu operieren, als England aus eigenen Reserven abdecken könnte. Und von diesem Sprungbrett der Marshall-Hilfe aus ist es Cripps möglich gewesen, eine günstige Kombination zwischen den beiden wichtigsten Aufgaben zu finden, zwischen der Anregung der Arbeitslust durch Steuererleichterungen und der Inflationsbekämpfung durch steuermäßige Abschöpfung. Englands Schatzkanzler und Wirtschaftsminister hat sich die Regeln des beliebtesten Spiels „Nimm und gib“ zum Vorbild genommen. Er gibt dem englischen Arbeiter Erleichterungen, die es reizvoller machen, durch Überstunden, durch stärkeren Einsatz in der Akkordarbeit oder durch die Arbeitsbereitschaft verheirateter Frauen das Einkommen zu erhöhen, ohne übermäßig hohe Steuern zahlen zu müssen. Er nimmt dem englischen Arbeiter, wie ein geschickter Hexenmeister, Teile der eingesparten Einkommensteuer jedoch wieder ab, indem er die — bereits sehr hohen — Steuersätze für Tabak, Bier, Spirituosen, Hunde- und Fußballwetten weiter hinaufschraubt. Das steuerfreie Einkommen, der abzugsberechtigte Teil des übrigen Einkommens und die Reichweite der mittleren Steuerstufe von 30% (bei einem untersten Satz von 15% und einem Normalatz von 45%) werden wesentlich erhöht. Nicht weniger als 101 Mill. £ machen diese Vergünstigungen jährlich für den Einkommenssteuerzahler aus. Aber 76 Mill. £ werden ihm davon wieder auf dem Wege über höhere Tabak-, Bier-, Spirituosen- und Wettesteuer abgenommen. Da niemand gezwungen ist, sein Einkommen für Raucher-, Trink- oder Wetteglücke auszugeben, und da England sogar gern die Rauchgelüste eingeschränkt sehen

würde, um seine Dollar statt für amerikanischen Tabak für andere, wichtigere Dollarerträge verwenden zu können, ist bei diesen neuen Steuererleichterungen für die Lebensfreunden des kleinen Mannes kein Haar in der Suppe zu finden. In Zeiten, in denen die Bezahlung der ausländischen Butter problematisch geworden ist, darf die kräftige Besteuerung des ausländischen Tabaks nicht als untragbare Zumutung empfunden werden.

#### „Freiwillige“ Steuerleistungen

So sehr der englische Steuerzahler geneigt ist, über die weitere Verteuerung seiner kleinen Genüsse zu grollen, so sehr sieht er den Vorzug des neuen Budgets, das die Zwangsbesteuerung des Einkommens vermindert und statt dessen die „freiwilligen“ Steuerleistungen des Rauchers, Biertrinkers und Wettlers erhöht. Nicht so einseitig ist die Aufnahme einer Kapitalanlage, die Cripps für die größeren Einkommen aus Investitionen als einmalige Steuer vorgesehen hat. Der kleine Steuerzahler wird davon nicht betroffen. Wer jedoch ein Gesamteinkommen (aus allen Quellen) von mehr als 2 000 £ jährlich und dabei ein Einkommen aus Kapital (Anleihen, Aktien, Häuser usw.) von mehr als 250 £ jährlich hat, wird einmalig zu einer Abgabe veranlagt, die für die Spanne zwischen 250 und 500 £ 10% beträgt und bis auf 50% für derartige Einkommen über 5 000 £ jährlich steigt. Da dieses Einkommen aus Kapitalanlagen außerdem der laufenden Einkommenssteuer und Zusatzsteuer unterliegen, die für hohe Einkommen bis zu 95% betragen, ist es offensichtlich, daß ein Teil dieser Abgabe nicht aus den laufenden Kapitalerträgen, sondern aus der Kapitalsubstanz gezahlt werden muß. Inwieweit kann diese Abgabe, aus der Cripps 105 Mill. £ erwartet, nicht unter die Rubrik der „Inflationsbekämpfung“ gerechnet werden. Andererseits läßt sie sich auch nicht als „Produktionsanreiz“ klassifizieren, zumal unter den Kapital-

besitzern das Mißtrauen besteht, aus einmaligen Kapitalabgaben könnten sich regelmäßige Belastungen für Kapitalerträge ergeben.

#### „Mit einem blauen Auge“

Trotz dieser Bedenken und Befürchtungen ist man in der Londoner City der Auffassung, daß die Kapitalbesitzer noch mit einem blauen Auge davongekommen sind. Man hatte nämlich teilweise befürchtet, daß die freiwillig von der Wirtschaft übernommene Verpflichtung, im nächsten Jahre keine Dividendenerhöhungen vorzunehmen (als Gegenstück zur Lohnstop-Politik der Regierung), gesehlich zum Zwang erhoben werden könnte und daß vielleicht auch die Gewinnbesteuerung der Wirtschaft erneut verschärft werden könnte. Gegenüber diesen Alternativen wird die Kapitalabgabe als noch recht erträglich empfunden. Man muß dabei berücksichtigen, daß die englische besitzende Schicht erstens seit Jahrzehnten an schwere steuerliche Lasten für Vermögen in Form hoher Erbschaftsteuern gewöhnt ist und zweitens von der Labourregierung durchaus ein weiteres Anziehen der Steuerdrähte für die Reichen des Landes erwartet — die trotz allem noch immer sehr reich sind, wenn man mit kontinentaleuropäischen Maßstäben mißt.

Insgesamt findet Cripps Zustimmung, wenn auch nicht Begeisterung für sein Budget. Wenn man bedenkt, daß er mit einem Steuerertrag von 3 845 Mill. £ oder etwa einem Viertel des englischen Volkseinkommens rechnet und dabei aus den erwähnten wirtschaftspolitischen Gründen einen „echten“ Überschuß von rund 330 Mill. £ zur Verminderung der Staatsschuld erwartet, so zeugt diese Zustimmung zweifellos für ein wachsendes Verständnis für die große wirtschaftspolitische Linie, der Cripps folgt. Cripps kann sicherlich stolz darauf sein, daß seine Wirtschaftspolitik zwar nicht gerade populär ist, aber doch als notwendig und unabweichlich anerkannt wird. Andererseits ist es sicherlich sein Verdienst, daß er gegen den Widerstand mancher Interessentengruppen, auch im eigenen Lager, die Anregung der Initiative und Arbeitsfreudigkeit des einzelnen zu einem der beiden tragenden Pfeiler seines Budgets gemacht hat.

## Frankreich will die Ausfuhr nach England steigern

Paris. Das französisch-britische Wirtschaftskomitee hatte bei seiner ersten Tagung in Paris Ende März festgestellt, daß der Zahlungsverkehr zwischen der Franco- und Sterlingzone im laufenden Jahr mit einem Fehlbetrag von 70 bis 80 Mill. £ abschließen drohe. Um dem Entstehen eines solchen Fehlbetrages vorzubeugen, wurde auf der jetzigen in Paris stattfindenden Tagung beschlossen, den französischen Export nach Großbritannien im laufenden Jahr wesentlich zu steigern. Großbritannien scheint auch damit einverstanden zu sein, größere Mengen französischer Luxusgegenstände zur Einfuhr zuzulassen. Außerdem wurde vom Wirtschaftskomitee ein Abkommen zwischen der British-Iron and Steel Federation und dem französischen Stahlverband genehmigt, das die sofortige Aufnahme französischer Halbzeugexporte nach Großbritannien vorsieht, die zunächst 40 000 t jährlich betragen werden, aber nach Maßgabe der Erhöhung der französischen Stahlherzeugung auf 200 000 t jährlich gesteigert werden sollen, sobald die französische Jahresherzeugung 10 Mill. t übersteigt.

Da die französische Stahlherzeugung im März 1948 620 000 t betragen hat, was einer Jahresherzeugung von rund 7,5 Mill. Tonnen entspricht, könnte das geplante Exportziel in absehbarer Zeit erreicht werden. Weiter wurde vom Komitee mit Rücksicht auf die ungenügende französische Sterlingversorgung beschlossen, auf die Ausschuhung der französischen Einfuhr von wesentlichen Gütern aus Großbritannien zu verzichten.

Da diese Maßnahmen jedoch das Gleichgewicht der Zahlungsbilanz kaum herstellen werden, wurden bei den letzten Besprechungen einige Lösungsmöglichkeiten vorgeschlagen, die nun von den beiden Regierungen geprüft werden sollen. Das Komitee hat weiter einem privaten französisch-britischen Kreditabkommen zugestimmt. Die französische Stahlgesellschaft Société Metallurgique de Normandie hat von Großbritannien einen größeren Kredit zur Finanzierung ihres Wiederaufbaues erhalten, der durch Stahllieferungen nach England abgezahlt werden soll, wobei die in Frage kommenden Mengen zu den sonstigen französischen Halbzeuglieferungen hinzukommen.

## Mangan für die Stahlindustrie der USA

### Wichtigkeit der Erzimporte

Die politischen Spannungen lassen die Frage der Versorgung der US-Stahlindustrie mit dem wichtigen Stahlveredler Mangan in einem besonderen Licht erscheinen. Die Förderung der USA an Manganerzen mit mehr als 35% Mn für metallurgische Zwecke betrug 1947 nur 130 600 t gegen 143 635 t im Jahre 1946, während der Manganerzbedarf der US-Stahlindustrie im Jahr weit über eine Mill. t beträgt. Die USA verbrauchen schon vor dem Krieg etwa 10 bis 20% der Weltförderung an Manganerzen, und standen damit an zweiter Stelle hinter der Sowjetunion, die der bedeutendste Manganerzgeber der Welt neben Indien ist.

Die USA haben 1947 nur 1 541 372 t Manganerze eingeführt. Das waren rund 200 000 t weniger als 1946. Es hat also den Anschein, als wenn beträchtliche Vorräte an diesem „strategisch wichtigen Material“ vorhanden seien. Rund 3/4 der Einfuhr an Erzen für metallurgische Zwecke und sogar 1/2 der Einfuhr von Braunerz, sogenannte Batterie-Erze, kamen aus der Sowjetunion. Das amerikanische Ausfuhrverbot von Rüstungsmaterial nach der Sowjetunion läßt erwarten, daß die Sowjetunion für die Folge auch ihre Manganerzexporte nach den USA einschränken, wenn nicht sogar einstellen wird.

Eine solche Entwicklung dürfte aber die Interessen der amerikanischen Stahlindustrie und des Rüstungspotential der USA in keiner Weise beeinträchtigen, denn die Sowjetunion hat schon im letzten Krieg für die Versorgung der USA-Stahlindustrie nach dem vorübergehenden Verlust der Erze von Nikopol kaum eine Rolle gespielt, wie sich die USA überhaupt schon lange vor dem Krieg

von der einseitigen Versorgung mit russischen Erzen freigemacht hatten. 1940 konnten noch etwa 317 000 t sowjetischer Erze eingeführt werden, dann verlagerte sich der Schwerpunkt der amerikanischen Einfuhr jedoch nach Indien.

USA-Manganerzeinfuhr in t  
(nach Quins Metall Handbook and Statistics)  
Hauptlieferländer 1946 1947 1948

Sowjetunion	317 000	—	—
Kuba	130 646	272 654	211 788
Brazilien	148 241	432 830	317 384
Indien	189 743	340 910	579 252
Ostindonesien	246 981	75 823	128 669
Philippinen	43 515	63 894	—
Südafrika	177 795	292 739	92 552
Insgesamt	1 294 278	1 542 133	1 429 399

Durch die Sperrung Kontinentaleuropas im Krieg standen der amerikanischen Stahlindustrie die überseeischen Erze in reichem Maße zur Verfügung, und man legte besonderes Gewicht auf eine Steigerung der Einfuhr aus fruchtbarsten Ländern wie Kuba und Brasilien. Die USA, fußend auf den Erfahrungen des ersten Weltkrieges, hatten zwischen beiden großen Kriegen versucht, die heimische Förderung durch die Einführung eines Schutzzolls auszuregen. Die Erfolge waren mäßig und am 1. Januar 1936 wurde der Zoll um 50% auf 1/2 ct. je lbs Mn gesenkt, soweit die eingeführten Erze über 10% Mn haben. Ausgenommen von diesem Zoll waren nur die Einfuhren aus Kuba und von den Philippinen. Es gelang immerhin, die amerikanische Förderung von 40 100 t im Jahre 1940 auf 221 000 t im Jahre 1944 zu bringen. Ausschlaggebend wird für die amerikanische Stahlindustrie aber auch für die Folge die Einfuhr bleiben, die jedoch auch für den Fall internationaler Verwicklungen nicht gestört werden kann, wie der letzte Krieg bewiesen hat. H.B.

**HAKÜTOL**  
Schutzanstriche  
in schwarz und farbig für  
DACHFAHNE  
MAUERWERK  
METALL  
HOLZ  
SILOS

HARRIES & HÜLHENS KG.  
OBERNKIRCHEN

**CHINOSOL**

Dieses Zeichen tragen seit mehr als 60 Jahren unsere wissenschaftlich erprobten und praktisch bewährten Erzeugnisse. Die „3 Eulen-Mark“ verbürgt Öle und Erfindung.

CHINOSOL-FABRIK A. G., HAMBURG

Das Thermometer steigt  
NUR dickflüssiges Sommeröl schützt jetzt den Motor

**SHELL AUTOSELE**  
werterhaltend wirtschaftlich

Von der Nordsee bis zu den Alpen  
entsteht sich unsere Einkaufsgeneration. Wir erziehen unsere Kinder mit Udo'schen Hauswässern, Gebrauchsgegenständen und Spielwaren aus Eisen u. Holz. Wir übernehmen ganze Produktionen bei promptester Kasse.

**OTTO KATJE**  
Gewerblich-Außenhandel GmbH  
München-Milbertshausen

Wenn Ungeziefer Ihre Tiere quält...  
**Bendelinus PULVER**  
Unschmeißliche Wirkung - gefahrlos - angenehm und einfach anzuwenden

**CELA G. m. b. H., Ingelheim/Rhein**

**AUKTIONSHAUS**  
HERBERT MATTENHEIMER  
Versteigerer u. öffentlich beauftragter Auktionator u. Taxator

**Kunst-Auktionen**  
**Spezial-Juwelen-Auktionen**

Aufträge werden laufend entgegengenommen  
Hamburg 13 - Mittelweg 100 a  
Tel. 44 34 15

## Englands Stahlindustrie im Aufbau

### Rationierung trotz Produktionsanstieg

Während im vergangenen Jahr durch die unzureichende Kohlenversorgung die Industrieproduktion gebeumpert war, ergeben sich in diesem Jahr aus dem Stahlmangel Schwierigkeiten, da der Bedarf stärker gestiegen ist als die Stahlherzeugung. Nach der Rekordherzeugung von 13,42 Mill. t im Jahre 1939 bewegte sich die Stahlproduktion in den Kriegsjahren zwischen 12 und 13 Mill. t. Nur in den Jahren 1939 und 1943 wurde die 13-Mill.-t-Grenze überschritten. Im Rahmen der alliierten Pläne wurde der Produktions-Apparat der britischen Stahlindustrie während des Krieges nicht nennenswert erweitert, im Gegensatz zu den Vereinigten Staaten, die eine starke Expansion verzeichnen konnten. Die Folge dieser Entwicklung war, daß bei Ende des Krieges die britische Stahlkapazität unzureichend war, um den großen Bedarf für Wiederaufbauzwecke und die Nachfrage der verschiedenen Exportindustrien zu decken. Hinzu kam, daß ein Teil der Anlagen der britischen Stahlindustrie inzwischen veraltet ist und dringender einer Modernisierung bedarf.

Die Verwirklichung eines im Jahre 1946 aufgestellten Reorganisationsplanes soll im Verlauf von 7 Jahren die englische Stahlindustrie auf den modernsten Stand bringen und die Jahreskapazität auf 16 Mill. t erhöhen. Da die Stahlindustrie keinen Mangel an Arbeitskräften hat, konnte die Produktion seit 1945 von 11,8 Mill. t auf 12,7 Mill. t im Jahre 1946 erhöht werden. Wenn im Jahre 1947 das Produktionsziel von 13 bis 13,75 Mill. t nicht erreicht werden konnte, so war dies auf die Kohlenkrise zurückzuführen. Die Gesamtproduktion des Jahres 1947 lag daher nur wenig über dem Vorjahresstand, doch gelang es im letzten Quartal, eine Jahresbasis von 14 Mill. t und damit eine volle Ausnutzung der Kapazität zu erreichen. Die Ergebnisse der letzten Monate lassen erwarten, daß mit dem derzeitigen Produktionsapparat im laufenden Jahr eine Stahlproduktion von rund 14 Mill. t insgesamt erzielt werden kann.

Ob dieses Ziel tatsächlich erreicht wird, hängt von der Rohstoff-Versorgung ab. Es ist wahrscheinlich, daß die Anhuf von in- und ausländischem Eisenerz 1948 auf keine Schwierigkeiten stoßen wird, erstmal durch die Wiederaufnahme des Steinkohlexports die britische Verhandlungsbasis über die Erzeinfuhr sich wesentlich verbessert

hat. Auch die Aussichten für eine ausreichende Koksversorgung werden als günstig bezeichnet. Schwieriger gestaltet sich die Beschaffung von Mangan. Der Mangel hieran wird die Produktion von Ferro-Mangan für Export-Erzeugnisse beeinflussen. Die größten Schwierigkeiten haben sich bisher in der Schrottversorgung ergeben, nachdem durch die erhöhte Stahlproduktion der letzten Monate die Vorräte stark zusammengeschrumpft sind. Ein dringender Aufruf an die Industrie, zu einer höheren Anhuf von Schrott beizutragen, hat bereits dazu geführt, daß sich die derzeitigen Schrottanlieferungen etwa 10% über dem Vorjahresstand bewegen. Doch auch diese vergrößerte Zufuhr reicht noch nicht zur Deckung des Bedarfs aus. Daher ist man in Großbritannien in starkem Maße daran interessiert, die Schrottimporte aus Deutschland zu steigern. Außerdem wird erwogen, die Sammlung von Kleinschrott wieder aufzunehmen, wie dies auch während des Krieges der Fall war.

Mit einer Stahlproduktion von 14 Mill. t ist das Problem der Stahlversorgung jedoch noch keineswegs befriedigend gelöst. Selbst wenn, wie vorgesehen, 530 000 t Rohstahl und 126 000 t Walzwerks-Erzeugnisse importiert werden, kann der britische Stahlbedarf in diesem Jahr nicht voll gedeckt werden. Von der englischen Regierung ist der Rohstahlbedarf auf 15,4 Mill. t geschätzt worden, was einer Menge von etwa 11,5 Mill. t Fertigstahl entspricht.

Die Produktion an Fertigstahl wird aber nur 10,65 Mill. t betragen, wovon 1 Mill. t noch für den Export benötigt werden, so daß nur 9,65 Mill. t für die inländische Industrie zur Verfügung stehen werden. Im Hinblick auf die Spannungen zwischen Angebot und Nachfrage ist die Regierung zu Rationierungsmaßnahmen gezwungen. Nach dem Stahlverteilungsplan für das erste Halbjahr 1948 erhalten die Landmaschinenindustrie, die Elektrizitätswirtschaft, die Eisenbahnen, der Bergbau, die Maschinen- und Fahrzeugindustrie, sowie einige Zweige der Verbrauchsgüterindustrie größere Kontingente als im Vorjahr. Die Stahlvergaben für den Schiffbau wurden dagegen um 20% gekürzt. Das Rationierungsprogramm der Stahlindustrie soll beschleunigt werden, wozu naturgemäß ebenfalls gewisse Stilllegungen benötigt werden. H. G.

# Löcher im Eisernen Vorhang

### Der Außenhandel des Westens mit dem Osten

Von jeher war es zweierlei die weltanschauliche, politische Richtung eines Volkes zu verurteilen, und auf der anderen Seite doch einen Warenaustausch mit dem Gegner zu pflegen. So läuft auch heute die Verurteilung einer politischen Weltanschauung und deren Bekämpfung neben friedlichen Handelsbeziehungen mit den gleichen Völkern einher. Auch heute hat der eiserne Vorhang viele Löcher für den Handel zwischen den ideologisch konträren Lagern.

Wohl kann es gelegentlich vorkommen, daß die geistige Kampfsphäre naive Menschen zu einem selbständigen Abbruch der Handelsbeziehungen verführt, wie es bei den Hafenarbeitern in New York kürzlich der Fall war, die den russischen Frachter ohne Ladung zur Abfahrt zwangen. Das sind kleine Vorfälle, denen keine Bedeutung zukommt. Die letzte offizielle Meldung des Handelsdepartements der Vereinigten Staaten gibt den Wert des Exports der USA nach der UdSSR seit dem 1. März mit nahezu 250 000 \$ an, und den Gesamtwert aller Exporte der USA nach Osteuropa, einschließlich der UdSSR und Finnlands mit 2 Mill. \$. Während diese Lieferungen nach Rußland sich die USA leisten können wie sie wollen, ist für Europa der Handel zwischen Ost und West von vitalem Interesse. Die Amerikaner sehen in dem Austausch von Nahrung und Rohmaterialien vom Osten gegen Halbfertig- und Fertigfabrikate vom Westen eine unerläßliche Voraussetzung für das Gelingen des Marshall-Plans. (Vgl. den Artikel: „Europäische Tradition“ in Nr. 11 der Wirtschaftsrevue vom 13. März.) Der prozentuale Anteil des Osthandels am Gesamtexport geht aus der Tabelle hervor.

Im allgemeinen sind die Exporte von Westen nach Osten mehr ansteigend als die Ostlieferungen nach Westen, was den Handelsprinzipien der UdSSR durch-

aus entspricht. So sieht auch der britisch-russische Handelsvertrag vom 27. Dezember 1947 weit größere und längere Lieferungen Englands an Rußland vor als Rußlands an England.

Der Handel mit dem Osten in % des Gesamthandels der Marshall-Plan-Länder

Länder	Importe		Exporte	
	1938	1947	1938	1947
Osterreich	19,0	3,0	19,0	6,0
Deutschland	13,0	3,0	13,0	11,0
Türkei und Griechenland	8,0	7,0	8,0	12,0
Dänemark, Norwegen und Schweden	11,5	9,5	11,0	7,5
Schweden	9,5	4,5	9,5	4,5
Benelux-Länder	4,0	4,0	7,0	5,0
Ver. Königreich und Island	8,0	2,0	6,0	5,0
Frankreich	4,5	2,0	5,5	2,0
Portugal	2,0	—	3,0	—
Island	2,0	4,0	2,0	13,0

750 000 t Futtergetreide liefert Rußland, England dagegen Transportmaschinen. Bei der schwierigen finanziellen Lage Englands war der russische Getreidepreis ausschlaggebend, der um die Hälfte niedriger ist als der amerikanische. Ende März hat England zwei Schiffsloadungen mit russischem Getreide empfangen und die Gegenlieferung von Eisenbahnschienen und anderem Gleismaterial geleistet. Wie verlautet, werden die Briten demnächst 1000 Lokomotiven an die Sowjets liefern. Der britisch-russische Handelsvertrag war nicht ohne Einfluß auf den Preiswärtis an der Getreidebörse Chicago.

Auch Belgien hat einen Handelsvertrag mit Rußland abgeschlossen, russisches Getreide gegen belgische Maschinen und vermutlich auch gegen Zinn aus Belgisch Kongo.

Die Schweiz wird nach dem Handelsvertrag vom 17. März 1948

den Sowjets elektrisches Material, Werkzeugmaschinen liefern für 75 Mill. sFr., während Rußland Getreide, Holz und flüssige Brennstoffe für 120 Mill. sFr. in die Schweiz schicken wird. Außerdem wird zur großen Genugtuung des sowjetischen Außenhandelsministers eine sowjetische Handelsvertretung in Bern eingerichtet werden.

Am 2. April meldete Tass, daß die UdSSR die italienische Regierung aufgefordert habe, Handelsbesprechungen in Moskau aufzunehmen, so daß die italienische Handelsdelegation sich wohl bald auf den Weg nach Moskau begeben wird.

Aber auch die kleineren Länder der russischen Sphäre, wie vor allem Polen, nehmen mehr und mehr ihre alten Handelsbeziehungen mit dem Westen wieder auf. Am 19. März unterzeichneten Hervé Alphand und der polnische Bevollmächtigte Adam Rose das neue französisch-polnische Handelsabkommen. Polen liefert 1,5 bis 2,5 Mill. t Kohle von 1948 bis 1952 und vielleicht noch Zucker, Frankreich Automobilmaterial und Industrieanstaltungen. Durch die Nationalisierung von Unternehmen, deren Eigentümer Franzosen waren, oder in denen größtenteils französisches Kapital steckte, waren die französisch-polnischen Beziehungen im letzten Jahr ziemlich gespannt gewesen. Nun sollen die französischen Kapitalisten nach einem Moratorium von drei Jahren entschädigt werden, und zwar mit Kohle, deren Lieferungsmenge aber von der ausländischen Hilfe für den Aufbau der polnischen Wirtschaft abhängt.

Im Außenhandel orientiert sich Polen immer mehr nach dem Westen. 1947 betrug sein Außenhandel mit dem Westen und USA 59 %, für die Monate Januar und Februar 1948 mehr als 68 %. 1947 lieferte Polen den skandinavischen Ländern 7,5 Mill. t Kohle.

Auch mit England hat Polen ein neues Handelsabkommen abgeschlossen, wonach die polnischen Exporte nach England sich auf 11 Mill. £ 1948 belaufen werden gegen 6,5 Mill. £ 1947. Der Wert der britischen Ausfuhr nach Polen wird 10 Mill. £ betragen, exklusiv Kapitalgüter. Noch im Monat April wird Polen 20 000 t Kartoffeln nach England verschiffen. In einer Pressekonferenz Anfang April teilte ein britischer Regierungsvertreter mit, daß Polen für 7 Mill. £ wichtige Nahrungsmittel schicken wird, unter anderem 14 000 t Speck und viele Millionen Eier.

So hat vor allem Großbritannien mit dem ihm eigenen Sinn für wirtschaft-

liche Realitäten die Gelegenheit des Handels mit dem Osten wahrgenommen, und die britischen Bürger werden die Löcher im eisernen Vorhang preisen, durch die ihnen wichtige Lebensmittel auf den Tisch kommen. E. R.

## Enttäuschender britisch-sowjetischer Handel

London. In England ist man über die Entwicklung der britisch-sowjetischen Handelsbeziehungen enttäuscht. Einerseits sind, wie die Fachpresse ausführt, die britischen Preise für Maschinen und Investitionsgüter zu hoch, andererseits aber verlangten die Russen zuviel für ihren Mais und das zu liefernde Futtergetreide. Der Hauptgrund scheint aber darin zu liegen, daß im britisch-sowjetischen Handelsabkommen eine Klausel enthalten ist, wonach die Russen mit konvertierbaren Pfunden zu bezahlen sind. Da die UdSSR dringend Dollars benötigt, erfolgt der Umtausch der von den Russen erzielten Pfundbeträge in „harte Valuta“ stets umgehend.

Auch die „Financial Times“ stellt in diesem Zusammenhang fest, daß die russische Einkaufskommission nur sehr geringe Orders in England placierte, weil angeblich die englischen Preise zu hoch seien. Die Zeitung befürchtet aber weiter, daß die UdSSR die in dem Handelsabkommen vorgesehenen Lieferungen von 700 000 t Futtergetreide auf 500 000 t herabsenken würde. Außerdem befürchtet die Zeitung, daß die UdSSR die aus diesen Getreidelieferungen erzielten Pfundbeträge nicht in den Sterlingländern ausgeben würde, sondern in anderen Gebieten, z. B. in Schweden, wo sich die Pfundbeträge sofort in Dollars umwechseln ließen.

Am 1. Mai sollen zwischen Großbritannien und der UdSSR Verhandlungen über russische Holzlieferungen stattfinden. Man glaubt in England anscheinend nicht mehr, daß diese Besprechungen nennenswerte Resultate haben werden, da die Sowjets auch ihr Holz nur gegen umwechselbare Pfunde verkaufen würden.

## Holländisch-polnisches Handelsabkommen

Den Haag. Nach mehrwöchigen Verhandlungen in Haag sind die Kontingenzlisten für den Warenaustausch zwischen Polen und den Niederlanden neu geordnet worden. Grundlage für den Güterverkehr bleibt der Handelsvertrag vom 18. Dezember 1946, der die Verrechnung über ein Goldenkonto vorsieht. Das Volumen der gegenseitigen Lieferungen soll dieses Jahr auf 25 Mill. hfl. gegenüber 15 Mill. hfl. im Jahre 1947 gesteigert werden. Polen wird hauptsächlich Waprodukte und Holz, Holland chemische, pharmazeutische und Philipsprodukte sowie Erzeugnisse Niederländisch-Indiens ausführen.

## Weltmeinung

### Business Week

## Sowjet-Ostzonenpolitik

Das amerikanische Wirtschaftsblatt beschäftigt sich mit den wirtschaftlichen Maßnahmen der sowjetrussischen Besatzungsmacht in der Ostzone, vor allem mit dem Stand der Industriekapazität und dem Einfluß der sowjetrussischen Gesellschaften. Die Behandlung dieses Themas — gegen die Russen werden schwere Vorwürfe erhoben — kann als Antwort auf die russischen Beschuldigungen bezüglich der Lage in den Westzonen gewertet werden.

„Unregelmäßige Produktion in der Ostzone veranlaßte Moskau zu einem Wechsel in seinen Methoden. Die Entnazifizierung wurde abgeschlossen, um auch ehemaligen Nazis die Möglichkeit zu geben, ihre Arbeit wieder zugunsten einer Belebung der Industrie aufzunehmen. Gleichzeitig gaben die Sowjets die Bildung einer deutschen Wirtschaftsverwaltung bekannt. Marschall Sokolowski, der sowjetische Militärgouverneur, versprach, die Besatzungskosten zu verringern und die Reparationen aus der laufenden Produktion festzulegen. Als Gegenleistung für diese Zugeständnisse erhofft sich Sokolowski eine um 7 bis 10 % erhöhte Industrieproduktion in diesem Jahr. Diese russischen Schritte sind leicht zu durchschauen.“

In Wirklichkeit jedoch sind die Russen über den industriellen Aufschwung im Westen verärgert. Im Gegensatz hierzu ist es mit der Wirtschaft der Ostzone bergab gegangen. So mußte sich Moskau entschließen, etwas zu unternehmen, um die industrielle Struktur, die in den vergangenen zwei Jahren geschwächt wurde, wieder zu stärken.

Die Russen veröffentlichen keinerlei Statistiken über die Produktion in ihrer Zone. Melotow hat kürzlich betont, daß die Industrieproduktion der Ostzone 55% des Vorkriegsstandes erreicht habe. In Wirklichkeit wird die Produktionshöhe bei 30% liegen, da die Kapazität der Zone durch Kriegsschäden und laufende Demontage stark gelitten hat.

Vor dem Krieg bestritt die Ostzone 35% der deutschen Industrieproduktion. In den Jahren 1946 und 1947 führten die Russen jedoch unbarmerzig ihre Demontagemaßnahmen durch. US-Quellen in Berlin schätzen den Verlust der gesamten Industriekapazität auf 52 %.

Die Russen rechnen die Demontage zur Kriegsbeute und nicht zu den Reparationen. Grubenrichtungen, Textilmaschinen, Maschinenteile, Kraftwerke und Munitionsfabriken wanderten nach Rußland. Mit Ausnahme von drei Hauptstrecken sind alle Eisenbahnen in der Ostzone eingeleigt gemacht worden.

Es stimmt, daß die Demontage während des Jahres 1947 eingestellt worden ist. Sie hinderte zu sehr die Anstrengungen der russischen und deutschen Kommunisten, die Industriearbeiter für sich zu gewinnen. Ein weiterer Grund für den stetigen Rückgang der Produktion ist die Sowjetbürokratie. Die sowjetische Militärregierung übt eine dreifache Kontrolle aus: 1. durch die Sowjetkorporationen, 2. durch nationalisierte deutsche Industrie, und 3. durch russische Exportgesellschaften. Es gibt nahezu 150 Sowjetkorporationen in der Ostzone, die etwa 30% der Industriekapazität kontrollieren. Kohlengruben sind zu 32%, metallurgische Betriebe zu 31%, schwere Maschinenfabriken zu 23%, leichte Maschinenfabriken zu 40%, Autowerke zu 45%, elektrische Ausstattung zu 35%, optische Geräte zu 20%, Chemikalien zu 43% und Konstruktionsbedarf zu 12% in russischen Händen. Die Russen betrachten dies als Reparationseigentum. Sie haben sich lediglich dazu entschlossen, die Betriebe in Deutschland zu lassen, statt sie nach Rußland zu transportieren. Alles in allem übernahmen sie 200 große Betriebe einschließlich der Leuna-Filiale der IG. Farben in Halle-Merseburg und die Siemenswerke im sowjetischen Sektor von Berlin.

Die in der russischen Zone nationalisierten deutschen Geschäfte belaufen sich auf insgesamt 16 000. Sie umfassen sowohl viele Kleinunternehmen, wie Restaurants und Kinos, als auch große Industriebetriebe.

Die Sowjetgesellschaften haben ein Vorrecht auf die Entnahme von Gütern, die in der Zone hergestellt werden. Sie nehmen zu Reparationszwecken Waren aus der laufenden Produktion und auch Exportgüter für das Ausland. Wenn Waren ins Ausland gehen, verlangen die Sowjets Weltmarktpreise und behalten den ganzen Gewinn an fremder Währung für sich.“

## Das „Deutsche Eigentum in Österreich“

### Machtkonstellation der Großen entscheidet Von unserem österreichischen bô-Korrespondenten

Das „Deutsche Eigentum“ in Österreich ist — wie in der Wirtschaftsrevue 64/65 dargestellt — nicht nur die für Österreich entscheidende Wirtschaftsgröße, sondern auch als Verhandlungsgegenstand zwischen den Großmächten ein weltpolitischer Prüfstein. General Cherrière hatte für die Ablöse des „Deutschen Eigentums“ bekanntlich einen Pauschalbetrag vorgeschlagen, damit der endlos scheinende Streit um Definitionen aufhören könne. Neben diesem Eigentumsbestand, der durch die Pauschalsumme abgegolten werden soll, bestehen noch Verhandlungsobjekte anderer und schwerwiegender Art, nämlich das Erdölrevier von Zistersdorf, die Donaudampfschiffahrtsgesellschaft (DDSG), usw. Wäre man sich über diese Fragen einig, käme es zum Staatsvertrag. Neunzig Tage nach dessen Ratifikation — was wesentlich ist — würde das Land von der Besatzung an räumen sein.

In den Wünschen nach einem baldigen Zustandekommen des Staatsvertrages war man in Österreich bis zum Staatsstreich von Prag einiger als man heute ist. Bis dahin schien es, als würde die sowjetische Besatzungsmacht sein Zustandekommen verzögern. Heute scheint es, als wäre Moskau eher an einem baldigen Vertrag interessiert. Es hat auch eine Reihe Konzessionen gemacht — wobei man allerdings von einer Einigung noch weit entfernt ist.

Heute jedoch mehren sich in Österreich die Stimmen, die hinter dieser Bereitschaft eine andere Absicht sehen wollen. Ein Land ohne Besatzung, flankiert von „Volksdemokratien“, könnte leicht selbst zur „Volksdemokratie“ gemacht werden, anders aber sei es, solange amerikanische, britische und französische Besatzungstruppen im Lande stehen.

Indessen hat die österreichische Regierung auch nach den Ereignissen von Prag in einer Reihe offizieller Mitteilungen kundgegeben, daß man weiter — nach wie vor — an einem baldigen Zustandekommen des Vertrages interessiert

sei. — Wie stehen also nun die Verhandlungen?

Die Vorschläge zum österreichischen Staatsvertrag, die die Russen in London unterbreiteten, — wir hatten seinerzeit darüber berichtet — lehnen sich stark an den Cherrière-Plan an. Sie konnten also zum Ausgangspunkt neuer Verhandlungen genommen werden. Nun hat der russische Vertreter Koko-tow weitere Zugeständnisse gemacht, die geeignet sind, die Differenzen zu vermindern. Man ist aber nach wie vor vom Ziel (Einigung der Großmächte über die Österreich zumutbaren Lasten) weit entfernt.

Im einzelnen geht es um folgende Reduktion der sowjetischen Forderungen:

1. Herabsetzung des Sowjetanteiles an der österreichischen Ölförderung von 65 auf 60 %.
2. Herabsetzung des Sowjetanteiles an den Ölschürfflächen von zwei Dritteln bei einer Dauer von 50 Jahren auf 60 % für einen Zeitraum von 33 Jahren.
3. Herabsetzung des Sowjetanteiles an der Produktion der österreichischen Erdölraffinerien von 450 000 auf 420 000 t jährlich.
4. Verzicht auf 25 % des Eigentums der DDSG (Donaudampfschiffahrtsgesellschaft) in ganz Österreich, wenn das gesamte Eigentum der Gesellschaft in Ostösterreich der Sowjetunion zugesprochen wird.

Zu diesem vierten Punkt forderte der amerikanische Vertreter Reber Aufklärungen, da dieses Angebot nicht ganz klar sei. Auch verlangte Reber Erleichterungen für die Zahlung der (in der Tabelle erwähnten) 150 Mill. Dollar, und der Sowjetvertreter ließ erkennen, daß eine Änderung des Sowjetanteiles in dieser Frage möglich sei. — Auch ließ sich eine Bereitschaft zur weiteren Reduktion der Summe erkennen. Das russische Interesse an einem Zustandekommen des Staatsvertrages scheint zuzunehmen, was auch aus Kommentaren der TASS zu erkennen ist.

Allerdings gab es schon allzuoft nach scheinbarem Einlenken neuerliche Verstärkungen in den Verhandlungen, als daß man allzu bald mit einer vollen Einigung rechnen sollte. Solange noch eine einzige Differenz besteht, kann diese immer wieder zum Anlaß weiterer Verzögerungen, Verhandlungen und Unabwägbarkeiten werden.

## Osterreich wird Mitglied der Weltwährungsorganisation

Washington. Der internationale Währungsfonds und die Weltbank haben laut Mitteilung ihres Direktors Camille Gutt beschlossen, daß Österreich trotz seiner gegenwärtigen Besetzung durch die vier Großmächte dieser internationalen Währungsorganisation als Mitglied beitreten könne. Die Gouverneure des Fonds und der Bank hätten sich einstimmig für die Mitgliedschaft Österreichs ausgesprochen. Österreich hätte bis Ende August seinen Beitritt zu erklären und 5 Mill. Dollars in Gold sowie den Gegenwert von 45 Mill. Dollars in österreichischer Währung zu hinterlegen.

**IMPORT EXPORT**

Werkstoffeisenrichtungen  
MASCHINEN  
WERKZEUGE  
Kraftfahrzeugschlepper  
Kraftfahrzeuge

**ENGLER & CO.**

OFFENBURG (Baden)  
GROSSHANDLUNG  
WASSERSTRASSE 4

**Kapital-Anlage geboten  
Teilhaber gesucht!**

Bedeutende Großhandels-GmbH, bialal Anlage-Möglichkeit für ein Kapital von RM 500 000.— bis RM 1 000 000. Bevorzugt Verbindung mit Fabrikanten der Elektro-, Düngemittel-, u. Haushaltartikel-Branche. Auch reine Finanzierung interessant. Angebote an die alleinbesitztragende Firma Faber & Faber GmbH, Verwaltungsbüro Alpinbad/Wilhelmsbad, Fernruf 191, Drahtwort: Finanzfaber.

**G**

**GERRIX-GLAS  
GÜTES GLAS**

**GERRESHEIMER GLAS  
DUSSELDORF-GERRESHEIM**

**Wer noch nie gewonnen,  
gewinnt bestimmt**

in der Württemberg-Hohenzollerischen

**Staatslotterie**

mit dem außergewöhnlich günstigen Gewinnplan durch Kauf eines Glückswahls. 16 426 Gewinnlose im Gesamtbeitrag von 294 900 RM.

**90 000 RM.** auf alle Dreifachlos

Losse zu 3, 4 und 9 RM.  
1. Ziehung: 10. 4. 1948

Glückswahl A mit 1 silbernen Gewinn 24 RM. Inh. 5 Ganze u. 1 Dreifachlos

Glückswahl B mit 2 silbernen Gewinnen 39 RM. Inh. 10 Ganze u. 1 Dreifachlos

Glückswahl C mit 3 silbernen Gewinnen 54 RM. Inh. 5 Ganze Lose, 3 Doppellose, 1 Dreifachlos

Losse, Glückswahl und alles Nähere bei den Lotterieleitern und den teatlich gesehten Verkaufsstellen, auf Wunsch direkt von der Geschäftsstelle u. Hauptvertrieb R E D E R, (14b) Tübingen, Wilhelmstraße 8

Briefmarken **KOHL**  
vorm. Paul Kohl  
gegr. 1892

Das beste und größte  
**„Raritäten-Haus“**

An- und Verkauf  
von Spillen-Werten:  
Alldeutschland - Kolonial  
Europa - Obersee  
Auswahlverhandlung nach Fehlfeld  
Reichhaltiges Lager an  
Nachfrages-Ausgaben

Hohenstein-Ernstthal / Sa.,  
Malsendorfer Weg 11

Das Zeichen unserer Organisation

**ESSO**

Esso-Freunde  
gut betreut

auch Du!

© Esso Standard and Refineries Ltd. (1948) Verbotlich nachgeahmte Fahrzeugbeschriftung

WIRTSCHAFTSREVUE STEUER

Rechtsprechung des Obersten Finanzgerichtshofs München

Als öffentlich-rechtlich-körperschaftlich im Sinne des Körperschaftsteuergesetzes sind auch solche Körperschaften anzusehen, die ihre Eigenart als öffentlich-rechtliche Körperschaft aus dem öffentlichen Recht eines Landes herleiten. Darum ist, wenn die zuständige Landesbehörde einer Körperschaft die Eigenart einer öffentlich-rechtlichen Körperschaft zuerkennt, hat diese Körperschaft auch im Sinne des Körperschaftsteuergesetzes eine Körperschaft des öffentlichen Rechts. (OFH-Urteil vom 12. 2. 48 I 146 S.)

Zum Begriff der steuerbegünstigten Sparkasse nach § 4 Absatz 1 Ziffer 4 Körperschaftsteuergesetz sind die öffentlich- oder unter Staatsaufsicht stehenden Sparkassen von der Steuer befreit, soweit die Pflege des eigentlichen Sparkassendienstes. Der Begriff der Sparkasse ist mangels einer Bestimmung durch das Körperschaftsteuergesetz von der Verankerung her zu verstehen. Diese versteht unter Sparkassen Einrichtungen, die vorwiegend dazu dienen, Annehmlichkeiten und zinsbringende Einlagen kleinerer arbeitlicher Geldsummen hauptsächlich für die minderbemittelte Bevölkerung zu ermöglichen, um deren Spartrieb zu wecken und zu fördern. (OFH-Urteil vom 17. 7. 47 I 47 U.)

Gibt ein Kaufmann von der Einzahlung seiner Forderungen dazu über, die Forderungen zu veräußern und sie in einem Sammelposten zu vereinigen und ihnen ein Fauschaktredere gegenüberzustellen, so ist er trotz Steigens das Teilwert der Forderungen berechnend, das Fauschaktredere lediglich in einer Höhe anzusetzen, die der Summe der eingekaufenen einzelnen Forderungen entspricht. Er ist nicht verpflichtet, als Folge der geänderten Bilanzierung einen Gewinn zuzusetzen. An den Grundrücken der Entscheidung vom 28. 7. 36 I 14 536 RS 181. 1937 S. 1002 (Leitzel 2) über das Recht des Kaufmanns zur Fortführung des Unternehmens der Handels- und Steuerbilanzsätze, der auf die Bewertungsbestimmungen des § 108 Absätze 2, 3 EStG 1925, § 29 UStG 1925 zurückgeht, hält der Oberste Finanzgerichtshof fest.

Bei der Bilanzierung der Pensionen ohne Rechtsanspruch der Leistungsempfänger kommt der eigenen Schätzung des Kaufmanns bei der Handelsbilanz entscheidende Bedeutung zu. Für die Steuerbilanz können Rückstellungen hierfür nur dann anerkannt werden, wenn die Handelsbilanz eine Rückstellung für Pensionen enthält, die über den Ansatz der vertraglich zugesicherten Pensionen hinaus sich für die Steuerbilanz beantragten Rückstellungen übersteigt. Pensionen ohne Rechtsanspruch deckt. (OFH-Urteil vom 13. 7. 47 I 147 U.)

Es ist auf Grund eines Erbbaurechts ein Gebäude erachtet und geht dieses anlässlich der Aufhebung des Erbbaurechts auf den Grundstücks-eigentümer über, so unterliegt dieser Übergang der Grunderwerbsteuer. (OFH-Urteil vom 1. 7. 47 II 78/43 S.)

In dieser Rubrik geben wir unseren Lesern Hinweise auf die wichtigsten Ereignisse im Steuerwesen.

Darüber hinaus werden die nur kurz erwähnten Fragen in einem Beiblatt, das nur an Festzahler der „Wirtschaftsrevue“ abgegeben werden kann, in aller Ausführlichkeit und mit wissenschaftlicher Genauigkeit behandelt. Diese Ausgabe „Z“ ist zum erstenmal mit unserer Nummer 16 erschienen.

Wer von unseren Festzahlern Interesse an dieser Ausgabe „Z“ hat, möge sie bei uns anfordern. Der Zuschlag zum Abonnementspreis beträgt vierteljährlich RM 5.—.

Gibt eine Versicherungsgesellschaft, wenn auch ein Grundbesitzer, die Versicherungsbedingungen und selbständigen Tarife, mit demselben Versicherungsnehmer Krankenversicherungen ein, die neben der Krankengeld- und Krankentagegeldgewähr, so hat der Grundbesitzer das Krankengeld oder den Krankentagegeld den Betrag von RM 4.— für den Tag überschritten, die Versicherungspflicht auch der anderen Arten der Versicherungen der Folge. Für die Anwendung der Beitragsvorschrift des § 4 Ziffer 4 Versicherungssteuergesetz steht das Krankentagegeld dem Krankengeld gleich. (OFH-Urteil vom 28. 10. 47 II 27/44 S.)

Zur Teilung einer OHG in eine Grundstücks-OHG und eine Betriebs-OHG. Die in wirtschaftlichen Leben geliebte Vertraglichkeit hat steuerlich nur zu einer OHG, die die geordneten Maßnahmen den wirtschaftlichen Absichten der Beteiligten nicht entsprechen. Nur wenn offensichtlich kein vernünftiger Grund für die Änderung des Gesellschaftsverhältnisses vorliegt, darf die Steuerverwaltung einen neuen Vertrag als neuen Abschluss der Beteiligten nicht entsprechend unberücksichtigt lassen. (OFH-Urteil vom 7. 5. 47 III 4/45 S.)

Der Erlaß des Reichsministers der Finanzen vom 4. 7. 44 S 2880 — 55 III RS 181. 1944 Nr. 449 ist eine Verwaltungsvorschrift. Über seine Anwendung und Auslegung haben die Landesgerichte nur zu entscheiden. Dem können Schenkenbesitzer verlangen, daß die gewerblichen Einkünfte, die nach § 8 Absatz 2 Gewinnabführungsverordnung 1943 verbleiben müssen, mindestens 2 % des ausgewiesenen Eigenkapitals betragen sollen. (OFH-Urteil vom 17. 10. 47 III 8/47 U.)

Ein unmittelbarer Zusammenhang mit den Kapitalmaßnahmen ist auch bei Aufwendungen für die einzelnen Kapitalgeber und bei Aufwendungen für die gesamte der Kapitalgeber. (Allgemeines Versicherungsrecht) soweit gegeben, als sie der Erwerb, Sicherung und Erhaltung der Kapitalmaßnahmen dienen. Darunter Aufwendungen sind deshalb, auch wenn sie gleichzeitig der Sicherung und Erhaltung des Kapitalismus dienen, insoweit als Werbungskosten anzuerkennen. (OFH-Urteil vom 26. 3. 47 IV 1/47 S.)

Voraussetzung für die Gewährung der Vergünstigung des § 34 Absatz 2 Ziffer 1 EStG 1934 ist eine klar abgrenzbare Sonderartigkeit, die ein Arbeitnehmer innerhalb der allgemeinen Rahmen der Lohnverhältnisse durch einen Vertrag angebotenen Vergünstigungen leistet. Es muß sich hierbei um Arbeiten handeln, die wirtschaftlich die gleichen Bedingungen erfüllen wie diejenigen des Künstlers, Erfinders oder Schriftstellers, der mehrere Jahre an einem Werk arbeitet und das Entgelt in einer Summe erhält. (OFH-Urteil vom 26. 3. 47 IV 5/46 U.)

Die Monatspläne für Messen sind bei den katholischen Geistlichen Einkünfte aus nichtselbständiger Arbeit. Der OFH hält in diesem Urteil an seiner früheren Rechtsprechung fest. Er beruft sich auf das Urteil RS 181. 1934 Seite 139. Der Bayerische Finanzminister hat dieses Urteil ansonsten angefordert, weil in gewissen Kreisen Bedenken aufgeworfen waren, ob die steuerrechtliche Aufhebung der besonderen religiösen Bedeutung der Messen im Kultus entgegenstehe. Der Oberste Finanzgerichtshof bemerkt zum RFH, daß für die Entscheidung des RFH 1934 Seite 124 nationalsozialistische Erwägungen weder maßgebend noch unmittelbar bestimmend gewesen sind. (OFH-Urteil vom 27. 6. 47 IV D 1/47 S.)

Ordnungstrafen wegen Verletzungen gegen die Werbebestimmungen sind keine Werbungskosten. (OFH-Urteil vom 24. 10. 47 IV 27/47 S.)

Die Pensionen der Zivilbeamten

Neuordnung in der französischen Zone

hfg. Baden-Baden. Die Landesregierungen der drei Länder der französischen Zone haben nunmehr alle ihre Landesverordnungen über die Regelung der Versorgungsbezüge der Zivilbeamten erlassen, welche dieses wichtige Versorgungsgebiet auf eine neue Grundlage gestellt haben. Die badische Landesverordnung datiert vom 22. Juni 1947 (Badisches Gesetz- und Verordnungsblatt Nr. 32 vom 20. Sept. 1947). Das Gesetz des Landes Württemberg-Hohenzollern ist erst am 22. Januar 1948 erlassen worden (Regierungsblatt Nr. 5 vom 9. März 1948). Die Landesverordnung von Rheinland-Pfalz ist am 20. Januar 1948 erlassen worden. Alle drei Maßnahmen sind eine vorläufige Regelung, und es ist ihnen das „Erdienungsprinzip“ zugrunde gelegt. Versorgungsbezüge werden grundsätzlich nach dem Dienstleistungsprinzip gezahlt, also an die Berechtigten, bei denen der letzte Dienstat vor der Zerrückweisung oder dem Tod des Beamten im Land lag. Wo der Berechtigte heute wohnt, ist dagegen ohne Bedeutung. Berechtigte, die nicht in einem Land der französischen Zone ihren Dienstat gehabt haben, aber hier wohnen, können nur dann in der französischen Zone Versorgungsbezüge erhalten, wenn ihr letzter Dienstat in der russischen Zone, dem ehemaligen Ostgebieten usw., also in Gebieten gelegen war, mit denen ein Zahlungs- und Überweisungsverkehr zur Zeit nicht möglich ist.

Für die Versorgung der Beamten des Landes, der Gemeinden, der Gemeindeverbände, sowie der Anstalten und Körperschaften des öffentlichen Rechts, gelten die Vorschriften des Deutschen Beamtengesetzes (natürlich unter Ausschluss der Vorschriften nationalsozialistischen Charakters). An diese Beamten werden jedoch vorläufig nur 80 % der nach diesen Vorschriften sich ergebenden Versorgungsbezüge gezahlt. Das gleiche gilt für die Hinterbliebenen-Versorgung, Kinderzulage und Versorgungsbezüge für Witwen werden in den der Kürzung unterworfenen Betrag nicht eingerechnet.

Während aber diese Regelung im Land Württemberg-Hohenzollern auch für die Versorgungsbezüge der Beamten von früheren Reichsverwaltungen gilt, welche in die Landesverwaltung übernommen worden sind (vorausgesetzt, daß diese Beamten ihre letzte dienstliche Tätigkeit in Württemberg oder Hohenzollern ausgeübt haben), gilt in Baden eine andere Regelung. Hier erhalten Versorgungsbezugsberechtigte früherer Reichsverwaltungen, die als Landesverwaltungen übernommen sind, vorläufig nur zwei Drittel ihrer vorchriftsmäßig festgestellten Versorgungsbezüge, sofern sie ihre letzte dienstliche Tätigkeit im Land Baden ausgeübt haben.

Eine andere Regelung gilt ferner in allen drei Ländern der Zone für die Versorgungsberechtigten der nicht vom Land übernommenen Reichsverwaltungen, der anderen Länder, der außerbadischen Gemeindeverbände, Anstalten und Körperschaften des öffentlichen Rechts, der Verwaltung der Westmark und der ehemaligen vom Reich besetzten Territorien (Regelung im Land Baden). In Württemberg-Hohenzollern gilt die nachstehende Regelung auch für Versorgungsbezugsberechtigte aus Verwaltungen in einem nicht unter deutscher Verwaltung stehenden Gebiet (Reichsgebiet östwärts der Oder-Neiße-Linie und Gebiet außerhalb der Grenzen vom 31. Dezember 1937). Für diese vorgenannten Versorgungsbezugsberechtigten werden die nach den Vorschriften festgestellten Versorgungsbeträge in den drei Ländern der Zone in folgender Weise gezahlt:

Beträge bis zu 200 RM monatlich ohne Kürzung, Beträge von 200 bis 300 RM monatlich mit einer Kürzung von 25 %, Beträge von 300 bis 400 RM monatlich mit einer Kürzung von 50 %, Beträge von 400 bis 500 RM monatlich mit einer Kürzung von 75 %, Beträge über

500 RM monatlich mit einer Kürzung von 100 %.

Die Zahlung der Versorgungsbezüge für diese Gruppe von Versorgungsberechtigten darf nur erfolgen, wenn der Berechtigte in dem Land der Zone Wohn- und Wohnberechtigung hat und wenn die Zahlung von Versorgungsbezugsberechtigten durch seine Versorgungsbehörde nicht möglich ist. Auch hierbei werden Kinderzuschläge und Versorgungsbezüge für Waisen in den der Kürzung unterworfenen Betrag nicht eingerechnet.

Voraussetzung für die Zahlung der Versorgungsbezüge ist in allen Fällen die Prüfung der Empfangsberechtigung nach den Bestimmungen des politischen Säuberungsverfahrens. Die Kürzung der Versorgungsbezüge auf Grund einer Entscheidung im politischen Säuberungsverfahren bleibt unberührt.

Diese Bestimmungen finden auch auf die Versorgungsberechtigten der Post, jedoch nicht auf diejenigen der Eisenbahn Anwendung. Die Maßnahmen aller drei Länder der Zone sind rückwirkend mit dem 1. April 1947 in Kraft getreten. Für die Militärpensionen e bleiben die bisherigen Regelungen (z.B. in Baden vom 7. Juni 1946) weiterhin bestehen.

Personalien

Direktor Siegfried Seelig wurde in den Vorstand der Vereinigte Stahlwerke AG. in Düsseldorf berufen.

Vom Verwaltungsrat des Vereinigten Wirtschaftsgebietes der Doppelzone wurde der Münchner Bankier Dr. Otto Schulte-Winkel, Mitinhaber des Bankhauses Seiler & Co. (früher H. Aufhäuser) in allen Fragen des Marshall-Planes mit der Koordinierung der Verwaltungen beauftragt und damit zum Leiter des Koordinierungsamtes berufen. Das in allernächster Zeit beim Vorsitzenden des Verwaltungsrates errichtet wird. Dr. Schulte-Winkel ist in Köln geboren, war früher im Preussischen Finanzministerium tätig und Staatskommissar für die Berliner Börse, sowie Ministerialdirektor im Reichswirtschaftsministerium.

Der Vorsitzende des Hamburger Fischindustrieverbandes und des Fischwirtschaftsverbandes in Hamburg, Dr. Schlegel-Holstein, Bruno Bartelsen, Hamburg, wurde an Stelle des kürzlich verstorbenen Friedrich Kost zum Vorsitzenden des Fischverbandes der Fischer-Industrie gewählt.

Generaldirektor Karl Haas, Köln, wurde an Stelle des verstorbenen Dr. Oertel in den AR der Rückversicherungs-Vereinigung gewählt.

Peter Classen, Janshof b/Jülich, Franz Frenger, Köln-Worringen, Balto Schetter, Jülich, und Josef Somme, Aldenhoven b/Jülich, wurden in den AR der Zuckerfabrik Jülich AG, Jülich, gewählt.

Die in Frankfurt a. M. stattgefundenen a. o. HV der Siemens & Halske AG., Berlin, wählte Dr. Hermann V. Eismann, Berg Gladbach, H. Theodor Abs, Remagen, Egmont v. Devitz, Remagen, Fritz Eisenlohr, Neutlingen, Dr. Max Grassmann, München, Dr. Ing. Alfred Petersen, Frankfurt, Dr. Georg Grabe, Dr. Walter Schmitt, Richard Dieckers und Friedrich Carl Siemens, alle Berlin, in den AR.

Bei der „Aktiengesellschaft für Licht- und Kraftversorgung“, München, sind aus dem Aufsichtsrat ausgeschieden: Dr. Valentin Stolz, München; Dr. Max Günther Grassmann, München; Hugo Gift, München; Hermann Ensenberger, München, in einer außerordentlichen Hauptversammlung wurden in den Aufsichtsrat zugewählt Bruno Breuster, Köln; Eugen Emmet, München; Oskar Haberstampf, München; Dr. Josef Herterich, München; Dr. Wolfgang Koeppl, Wolfrahausen; Dr. Hugo Weber, München; Dipl.-Ing. Leonhard Wolf, München; Carl Wolter, Hannover; Hans Ziegler, Nürnberg. Der Aufsichtsrat der Gesellschaft besteht nunmehr aus: Dr. Josef Herterich, München, Vorsitz; Oskar Haberstampf, München, 1. stellv. Vorsitz; Karl Wolter, Hannover, 2. stellv. Vorsitz; Bruno Breuster, Köln, Eugen Emmet, München, Dr. Wolfgang Koeppl, Wolfrahausen, Dr. Hugo Weber, München, Dipl.-Ing. Leonhard Wolf, München, Hans Ziegler, Nürnberg.

Niederlassung Düsseldorf konnte zur Trägerin des Geschäftes in der britischen Zone ausgebaut werden. Für das Geschäft in der amerikanischen Zone wurde eine Niederlassung in Frankfurt a. M. mit Zweigstelle in München eingerichtet; diese beiden Niederlassungen bearbeiten auch das Geschäft in der französischen Zone. An den Gesellschaftsitz in Berlin-Charlottenburg wurde hauptsächlich das dortige Geschäft betreut.

Im Jahre 1947 habe die Intensivierung des Geschäftes weiter angehalten. Die Aufgaben der Gesellschaft liegen wie bisher hauptsächlich auf dem Gebiet der Abschlußprüfung, die z. T. nach dem letzten Kriegsjahr noch nachgeholt wurde. Dem Zeiterfordernisse entsprechend sei auch die beratende Tätigkeit wesentlich stärker gepflegt worden. Auch in der organisatorischen Betreuung wurden der Gesellschaft neue Aufgaben gestellt, die Rechts- und Steuerberatung wurde ausgebaut und in ihrem Arbeitsgebiet auf sämtliche Zonen ausgedehnt. Der Geschäftsjahr in der Abteilung Vermögensverwaltung war nur geringfügig, da der größte Teil der verwalteten Vermögen aus bloßen Darlehen bestand. Dagegen wurde die Gesellschaft wieder stärker aus den Funktionen als Treuhänder in Anspruch genommen.

Zinszahlung des Stahlvereins Die Militärregierung der britischen Zone hat der Vereinigte Stahlwerke AG., Düsseldorf, die Auszahlung von Zins- und Tilgungsbeträgen auf verschiedenen Anteilen von Konzernwerken nach dem Stande vom 18. April 1947 für die Jahre 1945, 1946 und 1947, genehmigt. In Frage kommen die 4%ige Anteile der August-Thyssen-Hütte von 1941, der 4 1/2%-Anteile der Eisenwerke - Benzlin, der 5%-Anteile der Gelsenkirchener Bergwerks-Gesellschaft von 1942, sowie von älteren 5%-Anteilen dieser beiden Gesellschaften aus 1937 und 1938. Weiter sind bei der Rückzahlung und der Tilgung der aufgelaufenen Zinsen zu berücksichtigen Anteile der Konzernwerke Deutsche Eisenwerke AG. in Mühlheim-Ruhr, der Hüttenwerke Siegerland AG. in Siegen, der Vereinigten Stahlwerke AG. selbst (von 1926) und der August-Thyssen-Hütte von 1937.

Zinscheln-Kinlösungen Die Zinscheln für die 4 1/2%igen Pfandbrief-Emissionen der Hannoverschen Bodenkreditbank und der Braunschweig-Hannoverschen Hypothekbank per 1. 1. 1947, 1. 1. 1948 und per 2. 1. 1948 werden mit je 1% eingelöst und für die 4 1/2%igen Kommunaldarlehnerverrechnungen der Braunschweig-Hannoverschen Hypothekbank per 1. 1. 1947 und 2. 1. 1948 mit je 2% im letzteren ist eine Nachzahlung von 10% für die Jahre 1948/49 enthalten. Auf den Talon der 4 1/2%igen (6) Goldpfandbriefe vom Jahre 1937 (gebundigt zum 1. 1. 1947) der BHD werden 5% gezahlt.

Deutsche Gesellschaften

Überland, Hannover

Bei der Überlandwerk- und Straßenbahnen Hannover AG. stiegen die Erträge im Jahre 1946 auf 11.86 (10.99) Mill. RM, nach Abzug der Betriebsausgaben, 11.44 (13.20) Mill. RM Besitz- und Ertragssteuern und nach Vornahme von 5,34 (3,55) Mill. RM Abschreibungen und Wertberichtigungen ist die Gewinn- und Verlustrechnung wieder ausgeglichen. Befördert wurden 215 (218) Mill. Passagiere gegen 72 Mill. in 1938 und 0,14 Mill. t Güter. Das Umlaufvermögen wird erhöht mit 44.40 (42,60) Mill. RM ausgewiesen, darunter Wertpapiere mit 1,23, Bankguthaben mit 11,28 (9,78) Mill. RM, Posten mit ungewisser Bewertungsgrundlage sind dabei 3,70 Mill., Wertpapiere, 6,78 Mill., Forderungen an die Preußische Elektra und 14 Mill. Kriegssachschaden. Die Verbindlichkeiten sind mit 1,25 (1,03) Mill. RM wieder nur gering. Bei den 21 Mill. RM Wertpapieren des Anlage- und Umlaufvermögens sind Anteile des Reiches unberücksichtigt geblieben. (Börsenkurs in Hannover 139 G.)

Schwäbische Zellstoff

Die Schwäbische Zellstoff AG., Ehingen (Donau), hat im Geschäftsjahr 1946 18 964 t Zellstoff erzeugt. Diese Menge weicht noch von der heutigen Produktionskapazität des Werkes ab, übertrifft jedoch die Erwartungen zu Beginn des Jahres 1947. Das Grundkapital ist um 1,6 Mill. RM auf 3,3 Mill. RM erhöht worden, und zwar durch Ausgabe neuer Namensaktien zu einem Nennwert von 1975. Von der Einführung des Grundkapital bis zum 31. 12. 1946 um weitere 8,8 Mill. RM bis zu einem Höchstbetrag von 4 Mill. RM zu erhöhen, wurde bisher kein Gebrauch gemacht. In der Bilanz neu ausgewiesen wird eine gesetzliche Reserve von 9,5 Mill. RM. Sie stammt mit 6,97 Mill. RM aus der Einführung des Agios, das aus der Kapitalerhöhung nach Abzug der Ausgabekosten verbleiben ist. Die Verbindlichkeiten einschließlich Rückstellungen

gingen insgesamt von 8,28 Mill. RM auf 7,66 Mill. RM zurück. Nach Abzug der normalen Abschreibungen wird das Anlagevermögen mit 5,70 Mill. RM ausgewiesen. Das Umlaufvermögen hat sich im Zuge der Produktionssteigerung beträchtlich erhöht und stieg von 2,94 Mill. auf 5,42 Mill. RM. In der Gewinn- und Verlustrechnung wird der Rohüberschuß mit 3,46 Mill. RM (3,81) ausgewiesen. Das Geschäftsjahr 1947 schließt mit einem Gewinn von 2,22 Mill. RM ab. Die o. H. V. beschloß, eine Dividende von 4% zu verteilen und den Rest von 0,09 Mill. RM vorzutragen. Weiter teilt die Verwaltung mit, daß im Zuge der Sanierung die Thüringische Zellwolle AG., Schwarzburg, ihre Majoritätsbeteiligung abstoßen hat. Das Unternehmen ist im Begriff, eine Tochtergesellschaft zu gründen, die sich mit Import- und Exportgeschäften befassen soll. Die am 21. 7. 1946 verfügte Requisitionierung wurde zum 31. 1. 1948 aufgehoben. Die Gesellschaft beschäftigt rund 480 Angestellte und Arbeiter, wodurch der Arbeitskräftebedarf voll gedeckt ist.

Stader Leder

Die Stader Lederfabrik AG., Stade (Brennort in Hamburg und Hannover 139,25 G.), führt im Geschäftsbericht für 1947 aus, daß die Erfüllung des Schuldenstandes bei zeitigen Einsetzen der Rohstoffpreise einen beträchtlichen Abschluß der schon stark geschmolzenen Bestände bewirkt hat. Der auswertpflichtige Rohüberschuß konnte zwar auf 1,46 (0,77) Mill. RM gesteigert werden, wesentlich allerdings auf Kosten der Produktionsbestände. Erst jetzt konnten die ersten Mengen importierter Häute und Gerbstoffe gekauft werden. Für Personal- und Materialkosten mußten 0,33 (0,42) Mill. RM aufgebracht werden. Für Besitz- und Ertragssteuern 0,74 (0,57) Mill., nach verminderten Abschreibungen von 0,05 (0,15) Mill. wird der Reingewinn von 141,238 RM ausgewiesen. Aus dem Dividende (AK 4,4 Mill. RM) beantragt; im Hinblick auf die Ertragslage der Jahre 1945 und 1946 hat sich die Verwaltung zu diesem Vorschlag entschlossen. 1946 wurde ein Verlust von 39,994 RM ausgewiesen, um den sich der Gewinnvortrag auf 29,998 RM erhöhte. Der Dividende noch mit 1,26 (1,42) Mill. RM ausgewiesen.

Westdeutsche Kaufhof AG., Köln

Im Geschäftsjahr 1946 wurden trotz aller Schwierigkeiten beachtliche Umsatzergebnisse erzielt. Im Berichtsjahr wurden die Zweigstellen in Mainz und Kassel-Kassel wieder eröffnet. Außerdem konnten die Betriebe in Darmstadt, Eberfeld, Solingen und Worms in größere Räume verlegt und auch den anderen Plätzen zweckentsprechendere Verkaufsräume eingerichtet werden. In der Bilanz wird das Anlagevermögen einschließlich Beteiligungen mit 43,48 Mill. RM (V. 44,40) ausgewiesen. Das Umlaufvermögen erreicht mit 10,32 Mill. RM gegenüber 9,75 Mill. RM im Vorjahr. Auf der Passivseite werden bei einem unveränderten Grundkapital von 37,8 Mill. RM die Rücklagen mit unverändertem Betrag von 11,238 Mill. RM ausgewiesen. Die Verbindlichkeiten zum Umlaufvermögen werden den veränderten Aktiven angepaßt und steht mit 12,94 Mill. RM (18,17) zu Buch. Die Gesamtverbindlichkeiten betragen 12,94 Mill. RM gegenüber 19,25 Mill. im Vorjahr. In der Gewinn- und Verlustrechnung wird der Rohertrag mit 18,1 Mill. RM (1,05) ausgewiesen. AK 4,4 Mill. RM beantragt; im Hinblick auf die Ertragslage der Jahre 1945 und 1946 hat sich die Verwaltung zu diesem Vorschlag entschlossen. 1946 wurde ein Verlust von 39,994 RM ausgewiesen, um den sich der Gewinnvortrag auf 29,998 RM erhöhte. Der Dividende noch mit 1,26 (1,42) Mill. RM ausgewiesen.

Enteignung einer Aktiengesellschaft

Untergang als juristische Person

Nach einer auf Grund des Volksentscheides vom 30. 6. 1946 ergangenen Entscheidung der Landesregierung Sachsen war eine Aktiengesellschaft enteignet worden. Nach Ansicht der Landesregierung waren durch diese Enteignung die Organe der Gesellschaft außer Kraft gesetzt, und die Gesellschaft war als solche überhaupt untergegangen. Dem tritt eine Entscheidung des Landgerichts Leipzig vom 24. 6. 1947 — wiedergegeben in „Juristische Rundschau“ Heft 1/48 — mit im wesentlichen folgenden Ausführungen entgegen: Die Enteignung enthält lediglich die Einziehung des Vermögens der Gesellschaft innerhalb der Grenzen der Machtbefugnisse der einziehenden Behörde. Da sie von der sächsischen Landesregierung verfügt ist, bezieht sich die Enteignung auf die Vermögensgegenstände der Gesellschaft, die sich innerhalb der Grenzen des Landes Sachsen befinden. Darfür, daß dies das gesamte Vermögen der Gesellschaft gewesen sei, fehlt es an jedem Anhalt. Aber selbst wenn dies angenommen werden könnte, würde die Vermögenslosigkeit höchstens die Einziehung der zur Löschung und Auflösung der Gesellschaft führenden Verfahren nach dem Gesetz über die Auflösung von Gesellschaften vom 8. 10. 1934 rechtfertigen, aber nicht ohne weiteres die Auflösung der Gesellschaft zur Folge haben. Die Enteignung hat bestimmt tiefgehende wirtschaftliche Folgen für die Gesellschaft, sie ist aber ohne Einfluß auf die Rechtspersönlichkeit. Die Gesellschaft besteht also trotz Enteignung weiter als eine natürliche Person, deren Vermögen enteignet worden ist.

Die in den Jahren 1946/47 in den einzelnen Ländern der sowjetischen Zone erfolgte Enteignung von Betrieben und Unternehmen hat auch zahlreiche Aktiengesellschaften und sonstige Gesellschaften des Handelsrechts erfaßt. Entgegen der Annahme des Landgerichts Leipzig ging dabei aber die Vermögensbeschickung über die engeren Grenzen des Landes hinaus, dessen Regierung die Beschlagnahme verfügte, und erfaßte das gesamte Vermögen innerhalb der sowjetischen Zone. Diese Folge ergibt sich daraus, daß es sich bei den getroffenen Maßnahmen nicht um eine Aktion eines einzelnen Landes handelte, sondern um ein nach einem bestimmten Plan erfolgtes gemeinsames Vorgehen sämtlicher Länder der Zone, das auf jeden Fall zum mindesten die Billigung der Besatzungsmächte gefunden hat, soweit es nicht überhaupt von ihr veranlaßt wurde. Es liegt also sogenanntes mittelbares Besatzungsrecht vor, das in seiner Wirkung stets so weit geht wie der Einfluß der Besatzungsmacht. Vermögen der enteigneten Gesellschaft, das sich außerhalb der sowjetischen Besatzungszone befindet, ist von der Enteignung selbstverständlich nicht erfaßt worden.

Im übrigen aber ist die Entscheidung des Landgerichts Leipzig nicht zu beanstanden und infolge ihrer klaren Stellungnahme in einer Frage nur zu begründen, die von dem Verwaltungsorgan regelmäßig im entgegen gesetzten Sinne behandelt wurde. Die praktische Auswirkung liegt auf der Hand; die an das Unternehmen gebundenen Firmen- und Warenzeichenrechte verblieben bei diesem Unternehmen, das damit nicht gebindert ist, sich in den westlichen Zonen dieser Rechte weiter zu bedienen.

Freibetrag des § 13 Absatz 2 EStG! Wird für die Bemessung der Einkommensabgrenzung oder der Abfertigungssumme aus dem Friederichsbühl ein die Besoldungssumme nicht des tatsächlichen Ergebnisses der zum Präsidentsvermögen gehörigen Grundstücke, sondern ein nach bestimmten Grundregeln errechnetes fiktives Ergebnis zugrundegelegt, erganzlich also die Besoldungssumme dem Präsidentshaber nur, was an dem fiktiven Ergebnis zum Gehaltssatz des Präsidents fehlt, während sie andererseits nur den Betrag für sich einräumt, um den das fiktive Gehaltssatz das Ergebnis übersteigt, dann ist der Präsidentshaber unmittelbar an dem tatsächlichen Ergebnis interessiert, indem er einerseits das Risiko idiosyncratisch wirtschaftlicher Ergebnisse allein mit seinem Privatvermögen trägt, während im anderen Fall in besonderen günstigen Wirtschaftsjahren alles verliert, was er über das fiktive Ergebnis herauszuschüttelt. (OFH-Urteil vom 13. 2. 46 VI 12/44 U.)

Behr. Besteuerung der außerordentlichen Einkünfte im Sinne des § 34 EStG. (OFH-Urteil vom 16. 4. 47 VI 3/46 S.)

Die Tabaksteuer des Kontrollsteuergesetzes Nr. 26 auf Zigarettenpapier ist als durchlaufender Posten im Sinne des § 5 Absatz 3 UStG zu behandeln, wenn sie durch Abnehmer gesondert berechnet ist. Der Rechtsakt gilt nur für Zigarettenpapier, das vor dem Inkrafttreten des Kontrollsteuergesetzes Nr. 41 umgesetzt worden ist. (Rechtsprechung des OFH vom 2. 4. 47 V D 2/46.)

Unter welchen Voraussetzungen haben sogenannte Okononiplanar Anspruch auf den

Kapitalrückzahlung

Die Hofbrauhaus Weikers AG., Braunschweig, nimmt im Zuge einer Kapitalherabsetzung von 3 auf 2 Mill. RM eine Kapitalrückzahlung an die Aktionäre in Höhe von 99 RM je Aktie vor. (Börsenkurs in Hannover 140 G.)

Deutsche Treuhänder

Die Deutsche Treuhänder-Gesellschaft AG. in Berlin weist für 1946 einen Reingewinn von 80 800 RM aus, für 1945 und 1946 wurde der in Düsseldorf abgehaltene HV eine ausgeglichene Bilanz vorgelegt.

Nach dem Bericht des Vorstandes, der die drei Geschäftsjahre zusammenfaßt, gelang es noch in 1946, mit dem größten Teil der Geschäftsfreunde die Verbindung wieder aufzunehmen sowie in vielen Fällen neue Beziehungen anzuknüpfen. Der Geschäftsapparat spielte sich auf Grund einer den Zonenforderungen angepaßten Zentralisation neu ein. Die bereits seit längerem in Westdeutschland eingeführte

Beachten Sie bitte die Termine der Südwestdeutschen Klassen-Lotterie (Land Baden). Ziehung der 2. Klasse: 21. April 1948. Schluß der Erneuerung: 14. April 1948. Erneuern Sie rechtzeitig Ihre Lot., damit Sie Ihren Gewinnanspruch nicht verlieren. Auch Kauflose sind noch zu haben bei allen Staat. Lotterien-Einnahmen und deren Mitteilpersonen.

# Die Gefährdung der englischen Textilausfuhr

Konkurrenz aus Japan und den USA

Der Jahresbericht der „Bradford Woollen Association“ der von der gesamten englischen Textilindustrie stets mit Spannung erwartet wird, beschäftigt sich diesmal besonders eingehend mit dem Exportproblem. Bei aller Zoversicht kann der Bericht nicht verkennen, daß die englische Textilausfuhr schwerste Gefahren drohen. Hier von ist die derzeit aller schwerste wohl die japanische Konkurrenz. Diese Konkurrenz machte schon während des ersten und zweiten Weltkrieges schwere Sorgen, und diese Sorgen haben seither über zu stark abgenommen. Die japanische Baumwollwarenexportfuhr ist 1947 erstaunlich stark gestiegen. Sie hat bereits 5/6 der englischen Umsätze erreicht. Wenn es auch zutrifft, daß diese hohe Ausfuhr im wesentlichen dadurch erreicht wurde, daß der japanische Inlandmarkt mit Baumwollwaren notorisch kurz gehalten wird, so ist doch besonders beachtlich, daß eine solche Ausfuhr nur mit einem Drittel der Vorkriegsspeditionen erzielt wird. Bis Ende 1947 Japan seine Baumwollwarenexportfuhr sogar auf 300 000 000 Yards ausweitete und nach den neuesten Berichten bis auf 300 000 000 Yards.

Aber auch die USA haben sich zu einem starken Konkurrenten der englischen Baumwollwarenexportfuhr entwickelt. Die Ausfuhr der U.S. - Baumwolle in die Textilindustrie vor dem Krieg ganz bedeutungslos gewesen war, erreichte 1947 die erstaunliche Menge von 1 000 000 000 Yards. Der Bericht kommt zu dem Ergebnis, daß auch die amerikanische Baumwollindustrie von der japanischen Konkurrenz bedroht sei, und er gibt die Hoffnung Ausdruck, daß in dem endgültigen Friedensvertrag mit Japan eine Bestimmung aufgenommen werde, die es der japanischen Baumwollindustrie unmöglich machen soll, die Baumwollwaren der übrigen Welt zu gefährden.

Mehr und mehr Länder sind in den letzten 30 Jahren dazu übergegangen, sehen mehr oder weniger großen Teil ihrer Textilbedarfs selber herzustellen. Dieser trend dürfte an, ganz besonders auch innerhalb des britischen Empire, Lancashire kann heute nicht mehr die einfachen Gewebe exportieren, mit denen es vor dem Krieg noch ein großes Exportgeschäft machen konnte. Lancashire kann nur noch solche hochwertigen Erzeugnisse exportieren, die andere Länder nicht herstellen können. Das neue Exportgeschäft verlangt Eingehen auf modische Einfälle und auf individuellen Geschmack, was nur dem Individuellen Produzenten möglich ist. Das „Board of Trade Utility Scheme“ hat es zwar fertig gebracht, hochwertige Baumwollgewebe in billigerer Ausführung zu erzeugen. Dies ist aber auf Kosten der Auswahl gegangen, die gerade heute von der ausländischen Kundschaft in steigendem Maße verlangt wird.

Englands Wirtschaft ist anerkanntermaßen durch die Freihandelsgrößen geworden. Aber damals, als England das Freihandelsprinzip begünstigte, konnte es das tun, weil es in technischer Hinsicht und mit seiner Facharbeiterkraft allen anderen Erzeugerländern weit überlegen war. Heute dagegen ist die Lage grundlegend anders. England ist heute nicht mehr ein besonders kennzeichnendes, es führt der Bericht fort, daß heute gerade die USA am meisten Propaganda für den Freihandel machen, weil die amerikanische Wirtschaft heute der der ganzen übrigen Welt überlegen ist. Dabei haben es die USA nicht so nötig, wenn es sich darum handelt, die eigenen Zollschranken zu ermäßigen. Der Bericht kommt zu dem Ergebnis, daß unter den gegebenen Umständen England unter allen Umständen und mit äußerster Anstrengung wenigstens an seinen Exporteinstufen festhalten muß, wenn es England mit seinen Kolonien verbinden. Im Übrigen stellt der Bericht fest, daß die Nachfrage nach Textilwaren in der ganzen Welt noch immer größer ist als das Angebot. Die englische Stoffproduktion liegt noch immer weit unter der Vorkriegsspeditionen. Es müsse das Ziel der englischen Textilindustrie sein, mindestens die Vorkriegsproduktion so rasch wie möglich wieder zu erreichen.

### Baumwolle

**Manchester.** Die bereits seit einigen Wochen wiederholt angesprochene Tendenz zum Ersatz der ägyptischen durch amerikanische Baumwolle, die in der britischen Baumwollverarbeitenden Industrie durch die Steigerung der Rohware ägyptischer Provenienz hervorgerufen werden war, hat nunmehr im Beschluß

des Rohbaumwollausschusses diesen Ersatz offiziell überall hinsetzen, seine Bestätigung gefunden. Freilich ist die Genehmigung durch den Ausschuß von zwei Bedingungen abhängig, nämlich einmal von der technischen Ersatzbarkeit der einen Qualität durch die andere, und zum anderen vom Stand der dem Ausschuß zur Verfügung stehenden Vorräte. Immerhin hat sich diese offizielle Stellungnahme bereits in Käufe ausgewirkt; die letzten Notierungen in Alexandrien lagen etwa 3% niedriger.

Nun hatte sich allerdings die ägyptische Baumwolle, die zu den besten Sorten gehört und sich besonders für die Herstellung feiner und widerstandsfähiger Gewebe eignet, in letzter Zeit erneut stark verteuert. Die Durchschnittsexportpreise für erstklassige Ashmoun-Baumwolle stellten sich am 2. April auf 32,50 Talaris per Kantar, verglichen mit 30,25 am 1. März und 32,25 am 2. März. Diese diejenigen für beste Qualität Karnak auf 31,25 Talaris, gegen 30,25 am 1. März und 32,25 am 2. Januar a. c.

Die britische Baumwollkontrollstelle war in der Nachkriegszeit vielfach der größte Käufer am ägyptischen Markt, hat aber seit dem letzten Quartal 1947 die Abschließlichkeit weitgehend eingeschränkt. Ihre Abgabepreise an die britischen Spinnerelien müßten im Laufe eines Jahres mehrmals erhöht werden, letztmal Ende März.

Ein Sinken der ägyptischen Baumwollpreise wird aber seine Rückwirkungen zweifellos auch außerhalb Englands überall dort haben, wo ägyptische und amerikanische Baumwolle miteinander im Wettbewerb stehen. Wenn sich nämlich die ägyptischen Lieferanten dem amerikanischen Preisniveau anpassen, so können sie die sich jetzt abzeichnende Tendenz des Ersatzes ägyptischer durch amerikanische Baumwolle um so leichter in ihr Gegenteil verkehren, als die Dollar-Knappheit der meisten Baumwollverarbeitenden Länder zu einer Abkehr von den amerikanischen Bezugsquellen treibt.

Im übrigen wird gerade in Manchester die Entwicklung auf dem sonstigen europäischen Märkten, so ganz besonders in Skandinavien, mit dem größten Interesse verfolgt. Wie der Fachberichterstatter des „Manchester Guardian“ meldet, seien die aus den skandinavischen Ländern eingehenden Berichte, daß sich die Textilbeziehungen mit Schweden weniger günstig entwickeln als die mit Dänemark und Norwegen. Die sich entwickelnde Textilproduktion sei im Jahre 1947 etwa auf dem gleichen Niveau geblieben, auf dem sie im Vorjahre stand, was bedeutet, daß das Vorkriegsniveau noch längst nicht wieder erreicht sei. Das Haupthindernis einer Wiederaufnahme der Textilität Schweden

im Umfang der Vorkriegszeit besteht im Mangel an geeigneten Arbeitskräften. Von Dänemark wird ein starker Rückgang der Einfuhr von Textilwaren gemeldet, während die Einfuhr von Rohmaterial gestiegen sei. In Norwegen verzeichnete der Index für Textilproduktion von 1947 zu 1946 einen Anstieg von 5,4 auf 107,7. Die Schweiz bezog in der laufenden Baumwollsaison, d. h. vom 1. September 1947 bis Anfang März 1948 insgesamt 37,102 Ballen ägyptische Baumwolle; in der entsprechenden Vorjahresperiode wurden 11,162 Ballen erworben. Die Schweiz figuriert in der ägyptischen Exportstatistik an neunter Stelle, beobachtet in letzter Zeit aber gleichfalls eine vorläufige Kaufzurückhaltung. Ägyptische Exporteure sind teilweise enttäuscht, daß der schweizerische Handel vom Vorschlag der ägyptischen Regierung, die Baumwollbezüge je zur Hälfte mit Exportgütern zu kompensieren resp. mit Schweizerfranken zu bezahlen, nicht mehr Gebrauch macht. Sie legen auch einige Befürchtung, daß die ägyptische Baumwollindustrie in der Schweiz verdrängt durch die billigere peruanische verdrängt werden könnte.

### Kunstseide

**Manchester.** Die steigende Knappheit an Kunstseidenstoffen auf dem Weltmarkt hat dazu geführt, daß die amerikanischen Textilindustrie in verstärktem Maße als Käufer für die europäische Kunstseidenproduktion aufgetaucht ist, so daß die englische Textilindustrie mehr und mehr dazu übergeht, ihren Eigenbedarf an Kunstseidengarnen aus der Einfuhr zu decken und die inländische Produktion zur Erzielung von Devisengewinnen nach den USA zu exportieren. Diese Entwicklung hat dazu geführt, daß trotz der steigenden Kunstseidenproduktion in England selbst auch hier eine Kunstseidenverknapfung eintritt, die sich in steigenden Preisen auswirkt, weil neben der Exportnachfrage auch der britische Inlandmarkt um so aufnahmefähiger bleibt, je teurer die Rohstoffversorgung der Baumwollseide kommt, welche zu einem möglichst weitgehenden Ersatz von Baumwollgarnen durch Kunstseidenfasern führt.

Schon jetzt übersteigt die Nachfrage der englischen Baumwollindustrie nach Kunstseide die einstufigen Liefermöglichkeiten. Eine Veränderung der gegenwärtigen Konjunktur ist kaum vor Ende des Jahres 1948 vorzusehen, weil erst dann die in der Durchführung begriffene Anlage neuer Betriebe zur Herstellung von Nylon die Kunstseide als Rohstoffversorgung der Baumwollseide durch die Industrie durch diesen neuen Rohstoff ersetzen lassen, so daß bestimmte Kunstseidenquantitäten für den Ersatz von Baumwolle frei werden.

### Welt-Warenmärkte

## Unsicherer Kaffee

Sehr hohe Preise — Wie wird der Weltkonsum?

Die Lage des Kaffeemarktes hat sich im März nicht wesentlich geändert. Die Umsätze sind verhältnismäßig gering geblieben. Die Notierungen an der New Yorker Kaffeeförderung waren in vielen Tagen des abgelaufenen Monats rein nominal. Die Kaufkraft war gering. Zum Glück war seitens der Verkäufer kein Druck zu verzeichnen, eher das Gegenteil. So konnte es kommen, daß trotz der minimalen Umsätze die Kurse für Märztermine sowohl beim Santos „D“ als auch beim Rio „A“ um einen Cent je lb anstiegen konnten. Bei den entfernteren Terminen hielten sich die Kurserhöhungen etwas niedriger, was bei der Unklarheit der Lage verständlich ist.

Die große Frage, mit der man bei einer baldigen Überproduktion an Kaffee rechnen läßt sich heute noch nicht mit Sicherheit beantworten. Viele Fachleute sind freilich der Ansicht, daß eine solche Überproduktion mit Sicherheit zu erwarten ist. Es fragt sich nur, wann der zu erwartende Zusammenbruch des Marktes eintreten wird. Nordamerikanische Kaffeeproduzenten, die jüngst die amerikanischen Erzeugergebiete bereit haben, haben erklärt, daß im Augenblick noch nicht mit einer Überproduktion gerechnet zu werden braucht. Auf der anderen Seite liegen freilich auch wieder zuver-

lässige Schätzungen vor, die die Weltkaffeeausfuhr auf 39 Millionen Sack zu je 60 kg veranschlagen, während der Weltverbrauch auf höchstens 28 Millionen Sack geschätzt werden kann. Es kommt also alles darauf an, wie sich der Weltkonsum entwickelt. In dieser Hinsicht liegen nun freilich enttäuschende Zahlen vor. Die Kaffee-Ausfuhr Brasiliens hat 1947 nur 14,81 Mill. Sack erreicht gegen 13,3 Mill. Sack 1946. Als besonders bedauerlich wird dabei die Tatsache bezeichnet, daß die US ihre Bezüge aus Brasilien von 10,3 Mill. Sack 1946 auf 8,743 Mill. Sack reduziert haben. Die Ausfuhr nach Europa konnte gegen 1946 zwar von 3,9 auf 2,57 Mill. Sack gesteigert werden, doch ist das noch immer erheblich weniger als vor dem Krieg, als Europa durchschnittlich 5,7 Mill. Sack kaufte. Die wichtigsten europäischen Abnehmer kauften 1947 folgende Mengen Brasilkaffee:

Belgien-Luxemburg	815 428 Sack
Schweden	541 728 „
Spanien	309 560 „
Frankreich	413 381 „
England	211 147 „
Holland	247 549 „
Dänemark	214 700 „
Schweiz	79 664 „

Das Enttäuschende an diesen Zahlen liegt für Brasilien an den erhöhten Preisen. Der durchschnittliche Exportwert des Brasilkaffees hat sich im Krieg und nachher wie folgt entwickelt (in Cruzeiros je Sack zu 60 kg): 1933: 134; 1935: 132; 1940: 131; 1941: 183; 1942: 270; 1943: 377; 1944: 286; 1945: 501; 1946: 613; 1947 (Januar bis Oktober): 522.

Die weitere Entwicklung des Weltkaffee-marktes wird wesentlich davon abhängen sein, ob und in welchem Umfang der Marshall-Plan verwirklicht werden wird. Läßt sich dieser nicht realisieren, so werden für die Kaffee-Exportländer bald schwierige Zeiten kommen, speziell für Brasilien, dessen Kaffeefuhr 1947 34% der Gesamtausfuhr ausmachte.

### Wolle

London. Aus Australien eingehende Kabelnotierungen der dortigen Wollversteigerung zeigen eine deutliche Baisse. Trotzdem glaubt man in London, mit einem baldigen Wiederanstieg der Wollnotierungen rechnen zu müssen, weil die Kriegsvorräte abgebaut worden sind, so daß die Nachfrage noch während längerer Jahre steigen wird, ganz abgesehen davon, daß die heutigen Preise noch unter dem Niveau von 1918 liegen und zweifellos einen Ausgleich nach oben erfordern.

### Metalle

Während an den Weltmetallmärkten die Lage nur wenig verändert ist, verdient die Preisentwicklung für Metalle in den Westzonen die stärkste Beachtung. Ist jedoch geeignet, zum mindesten vorläufig erst einmal der Industrie in Westdeutschland den Anschluß an den Weltmarkt zu erleichtern. Mit Wirkung vom 1. April 1948 hat der Fachverband Metallhandel, während es sich um die verschiedensten Metalle handelt, darüber wir auf der ersten Seite der vorigen Nummer berich-

ten. (Beim Preis von Wismut ist ein Diskont überlaufen, der einen Preis für Wismut beträgt 2000 RM je t.) Die Relation zu den Weltmarktpreisen ist zwar etwas unübersichtlich, so ist z. B. nicht zu verstehen, warum der Zinnpreis in Deutschland nur etwa ein Drittel des Kupferpreises beträgt, während er in London rund viermal so hoch liegt wie der Kupferpreis und in New York nahezu vierzehnfach so hoch. Doch muß sich das Gefüge des deutschen Preisgefüges, das jahrelang den Zusammenhang mit dem Weltmarkt verloren hatte, erst wieder einpendeln. Erstmalig werden jetzt auch Zahlen über die Metallimporte der beiden westlichen Zonen im Jahre 1947 bekannt, die sich auf folgende Mengen belaufen: Aluminium 6390 t, Zinn 346 t, Nickel 160 t, Antimon 73 t, Wismut 13 t. Aus nicht-europäischen Industrieländern stehen noch folgende Mengen aus: Aluminium 10 300 t, Zinn 2200 t, Zinn 600 t, Nickel 600 t, Wismut 10 t, Kadmium 26 t, Selen 5 t, Kobalt 10 t, Rhodium 18 kg, Antimon 1000 t, einschließlich des metallischen Antimon, und 3000 t Kupferkonzentrate, einschließlich 274 t Kupfer. Diese Mengen sind, wenn man sie mit der Einfuhr Vorkriegsdeutschlands vergleicht, zwar nicht erschütternd; aber sie bedeuten eine bessere Versorgung. Außerdem ist in den amerikanischen Hilfsplan, in den auch Westdeutschland einbezogen wird, eine beträchtliche Summe für die fernere Einfuhr metallischer Rohstoffe vorgesehen. Schwieriger liegen die Dinge bei den metallverarbeitenden Industrien der Ostzone. Für dieses Gebiet sind vorläufig noch keine Zahlen über bereits gekaufte oder geplante Metallimporte bekanntgegeben worden.

**Kupfer:** Aus den USA wird über eine lebhafte Nachfrage berichtet. Ein Teil der Verbraucher ist jetzt geneigt, sich für mehrere Monate im voraus einzudecken, doch zieht es ein anderer Teil des Verbrauchers vor, seinen Bedarf weiterhin nur für einen Monat zu erwerben. Das deutet darauf hin, daß zum dem Preisniveau vorläufig noch vielfach mit Rücksicht auf die Kupfererzeugung der USA und der großen latein-amerikanischen Erzeugerländer, besonders Chile, ist 1947 gegen das Vorjahr zwar gestiegen, doch hält sich der Verbrauch der Welt, hauptsächlich in den Vereinigten Staaten, auf einer solchen Höhe, daß eine Marktentspannung vorläufig wenig wahrscheinlich ist. Englischer Kupferpreis 122 £ je t, amerikanische Notierung 21,50 Cents je lb unverändert.

**Zinn:** Das englische Versorgungsministerium hat jetzt den Forderungen der indonesischen Erzeuger nachgeben und den Zinnkaufspreis ab Mitte Februar von 300 £ je t auf 294 £ erhöht und im Preis, zu dem das Versorgungsministerium verkauft, auf 265,10 £ heraufgesetzt, während die Märzkapitulation der indonesischen Erzeuger vom 4. auf 30 Schilling zusammenschrankte. Die Welt-Zinnförderung wird für 1947 mit 114 000 Mt Metallgehalt angegeben, die Zinnerzeugung mit 127 500 Mt. Es müssen also alte Erzeugungsbestände aufgearbeitet werden sein. Die englischen und amerikanischen Preise mit 22,10 £ je t und mit 94 Cents je lb sind unverändert.

**Blei:** Obwohl die amerikanischen Erzeuger immer noch zu unveränderten Preisen abgeben, wird berichtet, daß beträchtliche Mengen ausländischen Bleis zu höheren Preisen nach USA importiert werden. So war ausländisches Blei letzthin mit 184, mit 180 Cents je lb auf New York angeboten. Die amerikanischen Erzeuger beobachten den Markt aufmerksam und es ist möglich, daß sie sich zu einem Ausverkauf ihrer Vorräte einschließen. Der englische Preis ist mit 90 £ je t unverändert. Der amerikanische mit 13 Cents je lb vorläufig ebenfalls.

**Zink:** Man erwartet in den USA, daß die Zinkerzeugung im laufenden Jahr etwa 20% gegenüber dem Vorjahre abgenommen wird. In England ist die Kürzung der Zinkzulieferungen vorläufig aufgehoben worden. Es hat also den Anschein, als wolle man in absehbarer Zeit mit einer etwas besseren Versorgung rechnen. Die Preise sind unverändert: London 12 £ je t und New York 13 Cents je lb. **Platin:** Ein weiterer Preisanstieg für Platin wird aus London gemeldet und zwar von 19 £ je Fein-Unze auf 22 £. Es kommen aber auch Unterbietungen bis zu 17 £ vor, so daß die gegenwärtige Festigkeit des Marktes spekulatives Charakter trägt. In New York wurden daraufhin die Platinspreise um 14 £ auf 30 £ für die Fein-Unze heraufgesetzt. Ein Rückgang der kanadischen Lieferungen und das gegenwärtige Fehlen des sowjetischen Angebots haben zur Verstärkung des Marktes beigetragen. Hortungstendenzen privater Kreise, die ihren Grund in inflationistischen Befürchtungen haben, spielen besonders in USA gleichfalls eine Rolle.

### Schweizer Notenkurse

Dollar 4,85/4,88; engl. Pfund 2,35/2,35; franz. Fr. 1,11/1,14; belg. Fr. 2,25/2,45; holl. Guld. 40/40; schwed. Kr. 20/20; norw. Kr. 20/20; dän. Kr. 20/20; lit. Lt. 20/20; Ecuados 18/14,60; tschech. Kr. 20/20; arg. Pesos 87/91; kan. Dollar 1,25/1,25; türk. Pfund 30/110; Pesetas 11,50/12; öster. Sch. 8,90/7,30; Mark 1,35/1,2.

### Pariser Gold- und Devisenkurse

Paris. Am Donnerstag wurden am freien Pariser Goldmarkt folgende Kurse notiert: Napoleon 4299 Fr., Vrenell 4150 Fr., Souverain 5000 Fr. Am schwarzen Markt galt der Napoleon 630 Fr., Vrenell 610 Fr., der Souverain 825 Fr., und das 20-Dollar-Stück 21 Fr. Am Devisenmarkt notierte der amerikanische Dollar mit 305,50 Fr. (305,40 Fr.), der Escudo 13,16 Fr. und der Schweizer Franken 13,50 Fr. Die Vergleichskurse am schwarzen Markt stellen sich wie folgt: Dollar 305 Fr., Schweizer Franken 13 Fr.

### Export-Valutakurse im April

Mailand. Das italienische Deviseninstitut hat für den Monat April den amtlichen Lira-Schweizerfranken-Wechselskurs für die an den Etas abfertigungspflichtige Hälfte der Exporterlöse auf 171 Lira erhöht. Dieser Umrechnungskurs gilt auch für die Bezahlung von Hafens- und Transportgebühren und die Vornahme verschiedener Finanztransfers. Der Dollar-Umrechnungskurs wurde von 37 auf 34 Lira und der Pfund-Umrechnungskurs von 128 auf 120 Lira heraufgesetzt. Für das Ägyptische Pfund wird das Ufficio Italiano dei Cambi 183 Lira im Vormonat 183 Lira und für den portugiesischen Escudo 22,15 (22,10) Lira besahen, während es sich um den dänisch-belgischen Clearingkurs bis zum 19. April auf 12,10 Lira für einen belgischen Franc gesetzt wurde.

## BÖRSEN

FRANKFURT: zurückhaltend

Kundschaft und weite Anliegerkreise verharren in starker Zurückhaltung, da die Unternehmensbilanz aus den hinreichend bekannten Ursachen keine Auflockerung erfuhr. Nach anfänglichen Kursbesserungen auf mäßige Käufe der ausländischen Kulisse (es dürfte sich z. T. um Deckungen gehandelt haben) war die Tendenz im weiteren Verlauf meist eindeutig schwächer, wovon schließlich nicht nur reine Ostposten, sondern auch eine Reihe von Westpapieren (ausgenommen jedoch Stopkurswerte) betroffen wurden. Die Geschäftstätigkeit war in einzelnen Papieren teilweise etwas belebt, wodurch sich auch der gegenüber nur zwei Börsentagen der Vorwoche höhere Gesamtumsatz erklärte, während auf den meisten Marktgebieten weitgehend geschäftstille herrschte. Von Bergbauwerten sind insbesondere die Eisenhütten mit 212-215-217 (905) gut gehalten, Eisenhütte Köln 229-223 (326), Bahlag 146-125 B (147), dagegen Eisen Stamm 125-127 (123), dto. Genau 115 (113) Mit Ausnahme von Schwab, Zellstoff, die auf den letzten Jahresbericht 1947 erhöhte Nachfrage fanden (845 nach 670) und Phleg (230), Rheinische Zellwolle (240) und Süddeutsche Zellwolle (236), die zu Stopkursen gesucht blieben, lagen Textilaktien schwächer; etwas lebhafter Thür. Zellwolle AG, 82-84 (94), Spinnstoff Zellendorf IA, 134-134 (137), Kurmärkische Zellwolle 69 B (65), Kammerg Spinn 69 B. Am Elektromarkt wurden AEG bei 148-143 (143) lebhaft gehandelt, daneben Elektr. Lieferungen 138-134 (137), Licht & Kraft 109-106 (102). Maschinenaktien wenig lebhaft, schied jedoch fest mit 142-145 (138), Deschimg auf Hamburger Käufe 395 nach 382 bei kleinen Umsätzen, Rheinmetall 128-125 (125), Wandler 21 (21). Großbankwerte bei beachtlichen Abschüssen gut gehalten, Commerzbank 129, Deutsche Bank 122-121, Dresdener Bank 122, Reichsbank 137-140 (135), Ostzonenbanken jedoch 1-3% schwächer. Schiffahrtswerte zogen ohne erkennbaren sachlichen Grund bis 2% an, Hapag 196-198-194 (194), Nordd. Lloyd 184-182 (182), aber Hamburg-Gebr. 125-125 (122). Am Rentenmarkt blieben westliche Pfandbriefe, Kommunal-Obligationen und Stadtschulden zum Stopkurs (100%) gesucht, hingegen dauerten die Abgaben in Ostposten an, die weitere Abstriche von etwa 1-3% im Durchschnitt hinhinnehmen mußten. Für ehemals gutliche der Ostzone liegende Institute (Schles. Ldr.-Kredit, Schles. landchaftl. Pfandbriefanstalt, Ostpreuß. landchaftl. und Pommer. landchaftl.) zeigte sich spekulative Nachfrage, die zu 2-3% höheren Kursen führte. Industrieneihen westlicher Prägung gefragt und behauptet, 415% Krupp nach 384 auf 395 (397) erhöht, während Ostemissionen durchweg weiter abfielen. Besonders matt u. a. 4% Dess. Gas 12 (20), 4% Heinkel 25 (40), 4% Braubag 47-49 (49), 4% Elektrowerk 35-38 (42), Woch & Baum 41, 4% Aktien 285 000 (194 900) 285, Renten 215 000 (275 000) RM.

MAINZ: schwach

Durch größere Umsätze in einheimischen Länderanleihen erreichte man in der ablaufenden Woche vom 1. bis 11. April am Mainzer Sprechsaal einen Gesamtumsatz von 42 900 RM. Demgegenüber war die Umsatzstätigkeit in Aktien und Industriebriefen gering. Auch in Pfandbriefen kam es nur zu kleineren Umsätzen. Die anfänglich schwächere Tendenz wurde gegen Ende der Woche bei Aktien und Industriebriefen schwächer. Demgegenüber zeigten sich bei einheimischen Länderanleihen geringfügige Kursbesserungen, 3% Hessen-Pfand erreichten am Sprechsaal von 1. 4. einen Kurs von 108 per. Die AEG-Aktien stiegen am 8. April um 14,3%, Demster Gas um 11,1%, Eisenhütte Köln auf 224-219, Rheinmetall Borsig auf 127,3-123, Schering auf 171-168, Schultheis St. A. auf 158-150, Schwab, Zellstoff auf 176-169, Spinnstoff Zellendorf I. A. auf 138-132.

STUTTGART: lustlos

Trotz Entspannung der politischen Lage war die Württembergische Wertpapierbörse lustlos. Centralboden notierte 94,25-94-93,5, Meiningen 92,5-93-92,5. Kommunalschuldenscheinliche stieg auf 12,3. Großbanken blieben ohne Interesse, Reichsbank 129 auf 123 gestiegen. Die Berliner festverzinslichen Werte zeigten keinen Umsatz. AEG notierte 84 B, Industriestampf 94 B, Krupp 183 B. Von den Aktien standen AEG auf 147 bei. Dielt, Waffa wurden mit 69-70, Eisenhütte mit 228 B-230, Licht & Kraft mit 109, Grundbesitz mit 100, Schwab, Zellstoff mit 67, Dessauer Gas 37 gehandelt. Von den Länderanleihen kam nur Südwürttembergische mit 104,20 per. Notierung, die übrigen waren gestrichen.

ZÜRICH: erholt

In der Berichtszeit vom 2. bis 9. April erfuhr die Zürcher Wertpapierbörse durch die etwas günstigere Beurteilung der politischen Lage eine deutliche Erholung. Die Umsätze zeigten eine Erhöhung. Zu dieser Entwicklung hat auch die Tendenz in Wallstreet beigetragen. Die Schweizerischen Industripapiere zeigten allgemein Kursrückgänge. Nestlé stieg von 1155 auf 1180, Ciba verzeichnete einen Gewinn von 69 Fr., Lonsa von 14 Fr., Aluminium von 45 Fr., Sidor von 30 Fr., Saurer von 28 Fr., Fischer von 18 Fr., Heurli Boreli von 13 Fr. Die amerikanischen Werte lagen fest. Standard Oil erfuhr einen Kursgewinn von 13 Fr., Montgomery Ward von 19 Fr., Baltimore & Ohio von 130 und Pennsylvania von 3 Fr. Auch am Baslermarkt waren Erhöhungen festzustellen. Bankverein konnte sich von 63 auf 66 verbessern, Kreditanstalt gewann 2 Fr., Bankgesellschaft 18 Fr., die Leubach 20 Fr. Auch am Anleihenmarkt traten in der Woche Mitte Franks und Italiener in Erscheinung. Französischer und italienischer Anleihen zogen um 1 bis 2% an, die Rhein-Kraftwerke lagen um 2% billiger.

## Schiffahrts-Nachrichten

### BELGIEN

Die größte belgische Reederei, „Compagnie Maritime Belge“ (Lloyd Royal) S. A., Antwerpen, hat 28 von 30 Schiffen während der Kriegshandlungen verloren. Die Reederei hat aber heute schon wieder acht Linienschiffe nach Nordamerika, Südamerika und den belgischen Kolonien Afrika eingestrichelt. Die Compagnie Maritime Belge hat auf der Route Antwerpen - New York folgende Schiffe eingesetzt: Motorschiff „BASTOGNE“ 1 932 t, Motorschiff „STAVIKLOT“ 2 022 t, Dampfer „VIRIKI“ 1 006 t.

Die Antwerpen-Malindi Linie wird mit folgenden Schiffen bedient: Motorschiff „ALEX VAN OPSTAL“ 7 000 t, Dampfer „STEENSTRAETE“ 7 000 t, Dampfer „TERVAETE“ 7 000 t, Motorschiff „MAR DE LA PLATA“ 7 300 t, Motorschiff „COPACABANA“ 7 300 t, Motorschiff „PRESIDENT CATTIER“ 4 813 t.

Auf der Antwerpen-Lobito Linie sind folgende Schiffe bedient: Motorschiff „ABMARD GRISARD“ 7 000 t, Motorschiff „GOVERNNEUR GALOPIN“ 7 300 t. Die Route Antwerpen-Lobito wird betahren von dem Dampfer „CAPITAINE SIMBOR“ 7 113 t. Die Compagnie Maritime Belge setzte auf der Linie Antwerpen-Brasilien-La Plata folgende 3 Schiffe ein: Dampfer „BURCKLE“ 7 800 t, Dampfer „CAPITAINE PARET“ 7 000 t, Dampfer „CAPITAINE LAMBE“ 6 800 t.

**Die Angola-Kongo-New York** Route wird von 2 Dampfern der Reederei befahren: Dampfer „MAHENCE“ 7 800 t, Dampfer „LINDI“ 7 800 t.

Die Kongo-Südafrika Linie wird von 3 kleineren Dampfern bedient: Dampfer „KINSIASA“ 2 300 t, Dampfer „KINDU“ 1 775 t. Außerdem besitzt die Compagnie Maritime Belge noch die beiden Motorschiffe „LEOPOLDVILLE“ 3 300 t, Motorschiff „ALBERTVILLE“ 3 300 t.

Diese Schiffe sind zum Transport von Palmöl, Früchten und Gefrierfleisch eingerichtet.

Nach der letzten Statistik laufen unter belgischer Flagge 5 Tanker mit einer Tonnage von 50 130 t.

### PANAMA

Panama hat auf englischen Wertes 4 Schiffe mit einer Gesamttonnage von 44 878 t im Bau, bzw. Auftrag. Es handelt sich um folgende Neubauten: 3 Tanker, 1 Frachtdampfer. Die Schiffe sind für die Tanker Corporation of Panama, Panama, bestimmt.

